SiO
Sozialarbeit in Oesterreich
Ausgabe 4/03
Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik

Titel:

EU-Erweiterung Sozialarbeit in den Beitrittsländern

Themen:

AIDS

Mediation

Interview mit der Politikerin und Sozialarbeiterin Anna Schlaffer

Editorial

Die EU-Erweiterung, die am 1.Mai 2004 vollzogen wird, stellt zweifellos eine der größten Herausforderungen des europäischen Sozialmodells dar. Die Integration wird den Druck auf mehr Kohärenz und Konvergenz zwischen den einzelnen System ausüben, wird Vieles, was im „alten Europa“ mühevoll erarbeitet wurde, vielleicht wieder in Frage stellen.. Die sozialpolitische und sozialrechtliche Lage in den zehn neuen Mitgliedsstaaten (*Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien- Rumänien & Bulgarien voraussichtlich 2007, Anm.*) unterscheidet sich wesentlich von der Situation in der Union. Der Prozess wird neue Fragen und Herausforderungen aufwerfen, die auch als Chance (z.B.: für die Soziale Arbeit) begriffen werden können. Einen kleinen Einblick soll der Schwerpunk „EU-Erweiterung und Sozialarbeit“ vermitteln.

Das Thema **HIV** rückte erst kürzlich (1.Dezember Welt-Aids-Tag) wieder ins Rampenlicht, ansonsten ist es recht still geworden, um dieses Thema - zu Unrecht, wie ein Beitrag von **Dr. Wöss aus Salzburg** dokumentiert.

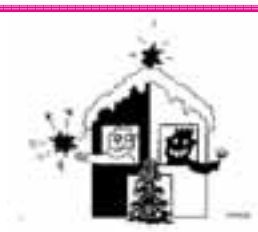
Auch in der SPÖ haben wir eine DSA gefunden und mit ihr gesprochen, die burgenländische Bundesrätin, **Anna Schlaffer**.

Univ.Prof. Dr. Reinhold Popp löste mit seinem Artikel „**Soziale Arbeit auf dem Weg zur Profession**“ (SIÖ/02) viele Reaktionen aus, wobei wir in dieser Nummer viel Raum für Repliken eingeräumt haben. Der wissenschaftliche Diskurs soll in einer Fachzeitschrift geführt werden und auch in Zukunft vermehrt Eingang finden.

In der nächsten Ausgabe werden wir uns schwerpunktmäßig den Ausbildungsformen in der Sozialarbeit in Österreich (Akademien, Fachhochschulen, Nachgraduierung, Doktorat) widmen und die Situation bzw. Aussichten mit internationalen Standards vergleichen. Was ist ein Akademie- oder Fachhochschulabschluss wert? Derzeit werden Nachgraduierungslehrgänge geplant. Unlängst wurde ein 4-semestriger (!) Nachgraduierungs-Lehrgang (für SOZAKler) der FH-St.Pölten vom Ministerium abgelehnt. Wir werden nachfragen, warum man glaubt, dass „fertige SozialarbeiterInnen“ (z.B.: 6 Semester mit Diplomarbeit) noch einmal 4 Semester benötigen (insg. 10 Semester), um einen FH-Abschluss (8 Semester) zu erreichen.

Die SIÖ 4/2003 umfasst 40 Seiten und sollte vor den Weihnachtsfeiertagen bei jeder/m KollegInn sein. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen !

PS.: Das SIÖ als einzige bundesweite Fachzeitschrift für Sozialarbeit sollte in keinem SozialarbeiterInnen-Haushalt fehlen. Wir meinen auch, dass das SIÖ eigentlich abonniert werden sollte; falls Sie anderer Ansicht sind, lassen Sie uns wissen, warum. Die ersten zehn „SIÖ-losen Haushalte“, die sich zwecks Abonnierung an uns wenden, wollen wir eingedenk des Schwerpunktthemas „einkochen“, sie erhalten das „europäische Kochbuch“ gratis.



Übrigens: Auch Maria, Josef und Jesus waren auf der Flucht

Daher: Die Spende zum Fest:
Für die Flüchtlinge im Wiener Integrationshaus
Bank Austria BLZ: 12000 KtoNr.: 671130300

Herzliche WeinachterIn! Ihr Redaktionsteam

Standards

Editorial
Seite 2

Impressum
Seite 3

OBDS-Aktuell
Seite 4

Ein Diener zweier Herren?
Seite 5

Leserbrief & SIO-ABO Aktion
Seite 7

Magazin
Seite 8-9

Titel

Die EU-Erweiterung: Herausforderung für die Soziale Arbeit
Mag. Dr. Christine Gruber
Seite 10-12

"Brüssler Spitzen" - Interview mit Alexander Riedl
DSA Manfred Tauchner, DSA Roland Fürst
Seite 13-14

Ungarn - Bestandsaufnahme der Drogenarbeit
Viktória Erdélyi
Seite 15-17

Sozialarbeit in Slowenien
Dr. Milko Postrak
Seite 18-21

Polen - Speed kills Solidarnosc
DSA Manfred Tauchner
Seite 22-23

Tschechien - Stärkung der nationalen Drogenpolitik
Dr. Sabine Haas
Seite 24-25

Rumänien - Von der Hilfe zum Überleben zur Hilfe zum Leben
DSA Christoph Petrik-Schweifer
Seite 26-27

Themen

Mediationsgesetz ab 1. Jänner 2004
Mag. Wolfgang Vovsik
Seite 32-33

HIV - Gut behandelt?
Dr. Michaela Wöss
Seite 34-35

Eine Sozialpolitikerin aus Leidenschaft - Anna Schlaffer im Gespräch
Seite 36-37

Rahmenbedingungen für die Jugendwohlfahrt in der NS-Zeit
DSA Christoph Kreitner
Seite 39

News/Replik

Veranstaltungen - Termine
Seite 6

Soziale Arbeit als Disziplin und Profession
Dr. Michael Klassen
Seite 28-30

Anmerkungen zu einer Wunschliste
Mag. Peter Pantucek
Seite 30-31

Leserbrief
Seite 33

Bücher
Seite 37-38

Impressum

Sozialarbeit in Oesterreich (SIO)
Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966
Erscheinungsort 1060 Wien, Verlagspostamt 7210 Mattersburg, Auflage: 3.500 Stück, Druck u. Versand Fa. Wograndl Bernd, Neubaugasse 14, 7210 Mattersburg

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger
Oesterreichischer Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen (OBDS), A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.sozialarbeit.at

Redaktion:
DSA Roland Fürst, DSA Gabriele Hardwiger-Bartz, DSA Mag.Rudi Rögner, DSA Manfred Tauchner, E-mail: redaktion@sozialarbeit.at

Titelfoto: August Lechner, www.august-lechner.com

Gestaltung: Thomas Reiner, Bad Sauerbrunn
E-mail: thomas.reiner@aon.at

Sekretariat, Anzeigen, Abonennten-Service
Sozialarbeit in Oesterreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56-11; Fax: 01/587 46 56-10; Mo-Fr 9-13 Uhr, E-Mail: sekretariat@sozialarbeit.at. Anzeigen können auch auf unserer Homepage veröffentlicht werden. Wir senden gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements
SIO erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 5,70; Jahresabonnement € 18,17 (zzgl. Versand). Abbestellungen bis drei Monate vor Jahresende. Das Abo ist für Mitglieder einer Landesgruppe des OBDS kostenlos.

Information
Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Beilagen
Institut MIT, Akademie f. Sozialarbeit Vlbg. - Weiterbildung, Donauuniversität Krems, Integrationshaus/Georg Dimitz, Der Sandard

OBDS-Aktuell

Ich danke hiermit Kollegin Barbara Rader für ihren Beitrag „Ein Diener zweier Herren? Kann ein Verband unsere Berufsgruppe und die KlientInnen vertreten?“ in diesem Heft. Sie hat mich damit angeregt, die Aufgaben des Berufsverbandes wieder einmal zu analysieren.

Vorweg: Der Berufsverband sieht seine Aufgabe der KlientInnenvertretung keinesfalls in der direkten Einzelfallarbeit, sondern vielmehr in der Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit Sozialpolitik, mit Tendenzen, die sich sowohl auf das Klientel als auch auf unsere Berufsgruppe direkt auswirken. Insofern ist es aus meiner Sicht unmöglich, eine trennscharfe Linie zwischen beruflicher Interessensvertretung und sozialpolitischer Verantwortung bzw. Vertretung der Interessen des Klientels von Sozialarbeit zu ziehen.

Die sozialpolitische Verantwortung unserer Berufsgruppe ergibt sich aus unserem Berufsbild, ist also Teil unseres alltäglichen professionellen Handelns und beschränkt sich keineswegs auf die Verbandsarbeit:

„Der Ansatz von Sozialarbeit ist ganzheitlich. **Probleme** von einzelnen Menschen, Gruppen und dem Gemeinwesen **werden in ihrer Gesamtheit erfasst**. **Sozialarbeit** beruht auf der Achtung der Würde des Menschen und **strebt soziale Gerechtigkeit** an. **Sozialarbeit bekämpft individuelle und gesellschaftliche Ursachen, die soziales Unrecht entstehen lassen. ... Sie ist ein Mittel der Sozialpolitik zur Vermeidung und Bewältigung sozialer Probleme. Sozialarbeit ist Lobbying** für Benachteiligte, Diskriminierte und Randgruppen in der Gesellschaft und **arbeitet auf die Beseitigung der Ursachen menschlicher Notlagen materieller, gesundheitlicher, sozialer, kultureller Art hin. Sozialarbeit ist** einerseits Teil der Politik für soziale Sicherheit, andererseits **Interessensvertretung ihres Klientels. Dieses Spannungsfeld prägt die Berufspraxis.**“ (Auszug aus dem Berufsbild, beschlossen 1996 in Linz).
Der Berufsverband befindet sich im gleichen Spannungsfeld wie alle SozialarbeiterInnen, die ihren Beruf bzw. ihr Berufsbild ernst nehmen und mit Leben füllen.
Der Berufsverband kann und soll das Vehikel für unsere KollegInnen sein, auf einer Ebene außerhalb der täglichen beruflichen Arbeit diese berufseigene Verantwortung wahrzunehmen, das Berufsbild zu erfüllen.

Natürlich ist es wichtig, die selbst erarbeiteten Aufgaben und Ziele immer wieder einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Dies kann der Verband nur durch seine Mitglieder.
Sich aus der sozialpolitischen Verantwortung zurückzuziehen hieße für mich, das Berufsbild zu revidieren; bei der Generalversammlung im Oktober 2004 wäre hierfür natürlich die „formale“ Gelegenheit. Eine Notwendigkeit sehe ich allerdings nicht, im Gegenteil, ich denke, dass dieser Bereich ein Mehr an Arbeit, ein Mehr an Aktivität, ein Mehr an Auseinandersetzung benötigt, als wir derzeit mit unseren Ressourcen liefern können.

Hoffentlich fühlen sich unsere Mitglieder und werten LeserInnen auch eingeladen und aufgefordert, ihre Sichtweise hierzu beizusteuern, sei es als LeserInnenbrief, als Diskussionsbeitrag auf unserer homepage www.sozialarbeit.at, oder vielleicht sogar in Form aktiver Mitarbeit im Verband???

P.S.: Der ursprünglich an dieser Stelle geplante Ausblick auf die Verbandsarbeit 2004 hätte neben der sozialpolitischen Arbeit unsere **berufspolitischen Schwerpunkte** beinhaltet: Realisierung des so lange geplanten **Berufsgesetzes,** die Weiterbeschäftigung mit der **Ausbildung** und Beiträge zur **Sicherung der Qualität von Sozialarbeit; all dies ist ohne entsprechende (politische) Rahmenbedingungen undenkbar, daher kann der Verband ohne sozialpolitische Arbeit seinem Auftrag nicht gerecht werden.**

Judith Haberhauer-Stidl

bezahlte Anzeige

Diplomierte/r Sozialarbeiter/in für die Universitäre Palliativmedizinische Einrichtung am LKH-Universitätsklinikum Graz ganztags ab sofort gesucht
Voraussetzungen: Abschluss der Akademie für Sozialarbeit – Diplom, Belastbarkeit, Teamfähigkeit
Erwünschte Qualifikationen: Vorerfahrungen in der Arbeit mit Schwerkranken bzw. auf dem Gebiet der Palliativmedizin
Schriftliche Bewerbungen an:
Universitäre Palliativmedizinische Einrichtung am LKH Univ. Klinikum Graz, zH Univ. Prof. Dr. Samonigg, Auenbruggerplatz 15, 8036 Graz, Fax: +43 316 385 4167, e-mail: hellmut.samonigg@uni-graz.at

Ein Diener zweier Herren?

Kann ein Verband unsere Berufsgruppe und die KlientInnen vertreten?

Am 8.5.2003 fand auf Initiative der OBDS-Landesgruppe Wien eine Diskussionsveranstaltung statt, deren Inhalt der Austausch zwischen den Berufsverbänden im Medizin- und Sozialbereich war. VertreterInnen der Berufsverbände der Ergo- und PhysiotherapeutInnen, der SozialpädagogInnen, der PsychotherapeutInnen, der Hebammen und des Dachverbandes der gehobenen Medizinisch-Technischen Dienste (MTD) nahmen daran teil. Der Vergleich der Entwicklungs- und Professionalisierungsphasen sowie des Angebots für die Mitglieder der einzelnen Verbände war informativ und spannend.

Ein Aspekt ist mir im Verlauf dieser Veranstaltung besonders aufgefallen:
Alle teilnehmenden Berufsverbände (mit Ausnahme der OBDS-Landesgruppe Wien) konzentrieren sich in ihrer Vertretung inhaltlich auf die berufliche Tätigkeit ihrer Mitglieder. Kein/e VertreterIn eines der anderen Sozial- oder Gesundheitsberufe berichtete, dass ihr Verband auch die Interessen der KonsumentInnen vertritt oder daran denkt, dies in Zukunft zu tun. Auch auf den Homepages dieser Berufsverbände[1] findet sich kein Hinweis in diese Richtung, während es in unserem Verband derzeit eine Selbstverständlichkeit ist, die Vertretung der Interessen unserer KlientInnen als genauso wichtig wie die Vertretung der eigenen Interessen anzusehen.

Für mich ergeben sich daraus zwei grundsätzliche Fragen:
Ist das sozialpolitische Engagement des OBDS im Interesse unserer KlientInnen nicht allzu sehr ein Klotz am Bein geworden, der viel Zeit und Kapazität bindet und somit Energie nimmt, die Professionalisierung unseres Berufes voranzutreiben und die Sozialarbeit im öffentlichen Bewusstsein besser zu verankern?
Wissen wir denn wirklich immer genau über die Interessen unserer KlientInnen Bescheid und können diese adäquat vertreten oder neigen wir hier zu einer Selbstüberschätzung, mit der wir unsere KlientInnen eigentlich bevormunden und daran hindern, ihre eigene Vertretung selbst in die Hand zu nehmen?

Natürlich könnte man einwenden, dass unsere KlientInnen – anders als z.B. die Patientinnen der Hebammen, die allen Bevölkerungsschichten zuzurechnen sind – sehr oft nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten.
Meiner Ansicht nach wäre es eine Aufgabe der Sozialarbeit, ihre KlientInnen zu befähigen und dabei zu unterstützen, ihre Interessen zu vertreten. In dieser Richtung gibt es auch bereits erste Initiativen, wie die Straßenzeitungen der Wohnungslosen, Zeitungen aus Jugendprojekten, MigrantInnen-Initiativen und GWA-Projekte.
Eine solche Interessensvertretung könnte für die SozialarbeiterInnen auch unbequem sein, weil sie es den KlientInnen ermöglichen würde, ihre Interessen auch gegenüber der Sozialarbeit zu vertreten.
Die Caritas, die Armutskonferenz, die großen Wohlfahrtsverbände, die Arbeiterkammer, die Kinder- und Jugendanwaltschaft und andere mehr vertreten die Interessen von KlientInnen. Braucht es dazu wirklich auch noch unseren Berufsverband?

Auch die anderen eingeladenen Berufsverbände vernachlässigen keineswegs die Interessen ihrer KundInnen. Sie achten auf die Qualität der Arbeit ihrer Mitglieder, sie haben Beschwerdestellen eingerichtet und Ethik-Kodizes verabschiedet.
In ihrer Arbeit sind sie meiner Ansicht nach deshalb erfolgreicher, weil sie sich unmittelbar auf ihre Ausbildung und ihre Tätigkeit beziehen.
Die Hebammen z.B. reden direkt von dem, was sie tun. Sie reden von der Betreuung der Schwangeren, der Unterstützung bei der Geburt und der Nachbetreuung und sie erklären, dass die StillberaterInnen, die GeburtsvorbereiterInnen und die BeckenbodentrainerInnen jeweils nur einen Teil wissen und die Ärzte nur heilen können. Ihre Kernbot-schaft lautet: Die Hebammen sind **die** Geburts-helferInnen.

Genau darin sehe ich auch die Chance unserer Berufsgruppe: immer wieder darstellen, was wir tun und was wir können; aufzeigen, welche Erfolge unsere Arbeit hervorbringt; selber das Spannende an unserer Arbeit erleben und davon berichten.
Mein Wunsch ist, dass der OBDS von den anderen Verbänden lernt, sich verstärkt auf die beruflichen Interessen seiner Mitglieder und deren Vertretung zu konzentrieren und sich darum bemüht, der Öffentlichkeit ein klares Bild der Sozialarbeit zu vermitteln.

Sozialpolitisches Engagement des OBDS ist dort nötig, wo berufliche Interessen der Mitglieder (z.B. Verankerung der Berufsbezeichnung im JWG, Kürzung von Subventionen, etc.) berührt sind. In diesem Fall ist es notwendig darauf hinzuweisen, was Sozialarbeit ist und kann und welche Bedingungen sie dafür benötigt und sich nicht hinter etwaigen KlientInnen-Interessen zu verstecken.

DSA Barbara Rader, seit 1988 Sozialarbeiterin, derzeit MA 12, Haus Meldemannstraße; 1996 bis 2000 Vorstandsmitglied im Wiener Berufsverband Dipl. SozialarbeiterInnen,
E-Mail: barbara.rudi@aon.at

[1] www.hebammenat; www.physio.at; www.ergotherapie.at; www.psychotherapie.at; www.boes.at; www.mtd-dachverband.at

Veranstaltungen – Termine

Wien

Social Work in Bulgaria goes Europe.
SozialarbeiterInnen bauen ein neues Jugendwohlfahrtssystem auf.
Berichte – Dias – Plaudern
11.12.2003, 19.30 Uhr
Wien, obds-Räume: 6., Mariahilferstr. 81
Veranstalter: obds Wien; www.wien-sozialarbeit.at

Oberösterreich

Helfen macht müde – was macht wieder munter? Ein körperorientiertes Seminar zur Burn-Out-Prävention.
21.-23.1.2004
Grossweifendorf/OÖ, Seminarzentrum
Veranstalter: Bildungsinstitut pro mente, 070/ 60 88 99; www.bildungsinstitut.at

Die Kraft des Lachens – Humor im beruflichen Alltag.
26.-28.1.2004
Linz, Bildungszentrum St. Magdalena
Veranstalter: Bildungsinstitut pro mente, 070/ 60 88 99; www.bildungsinstitut.at

Vorarlberg

Positionierung meiner Botschaft in den Medien
Seminar mit Mag[a]. Marielle Manahl.
12.-13.2.2004
Götzis/Vorarlberg, Bildungshaus
Veranstalter: Fonds Gesundes Österreich, 01/ 895 04 00/ 11; www.fgoe.org

Niederösterreich

Hilfekonferenzen richtig gestalten
26.2.2004, 9.00-16.00 Uhr
Amstetten
Veranstalter: NÖBDS – Niederösterreichischer Berufsverband Dipl. SozialarbeiterInnen, www.niederoesterreich-sozialarbeit.at, 3101 St. Pölten, Postfach 217

Salzburg

Wohnrecht im Überblick
Seminar mit DSA Mag. Michaela Kilian
20.2.2004, 9.00-17.00 Uhr
Salzburg, Josef Brunauer-Zentrum
Veranstalter: BAWO - Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, 01/ 812 72 02; www.bawo.at

„Social Work in Progress" – Soziale Arbeit zwischen Berufsschutz und Wettbewerb
Bundestagung
18.-20.10.2004
Salzburg, Brunauerzentrum
Veranstalter: obds-Landesgruppe Salzburg, obds, www.sozialarbeit.at

Steiermark

Trainings-Woche für NPOs und KünstlerInnen
23.-28.2.2004
Seggauberg (Nähe Graz), Bildungshaus
Veranstalter: Verein Cooperation, 01/ 715 70 41; UniT-Verein für Kultur an der KF-Uni Graz, 0316/ 380/ 7480; http://www.equal-artworks.at/

Sozialpädagogik – Arbeit in Gegensätzen
Fachtagung
5.-6.3.2004
Graz, Pädagogisches Studienzentrum Graz-Eggenberg
Veranstalter: Bundesinstitut für Sozialpädagogik, 2500 Baden, 02252/ 482 82; www.sp-impulse.at

International

Aktionstag Sozialinformatik
Tagung
29.1.2004
Rorschach/Schweiz
Veranstalter: Fachhochschule St. Gallen/weiterbildung, www.fhsg.ch/wb www.sozialinformatik.ch; reto.eugster@fhsg.ch

Werkstätten Messe 2004
Messe und Infomarkt zur beruflichen Integration
11.-14.3.2004
Offenbach/Deutschland
Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V., www.bagwfbm.de, 0049/ 69/ 94 33 94/ 20

9. Deutscher Präventionstag
Kongress
17.-18.5.2004
Stuttgart
Veranstalter: 0049/ 511/ 235 49 49; www.praeventionstag.de; Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Fourth International Conference on Social Work in Health and Mental Health
23.-27.5.2004
Quebec/Kanada, Convention Centre
Veranstalter: ifsw u.a.; www.swh2004.com

Reclaiming Civil Society.
Weltweite Tagung des ifsw
2.-6.10.2004
Adelaide/Australia, Convention Centre
Veranstalter: ifsw – international federation of social workers; www.icms.com.au/ifsw

Leserbrief

Die Bundesstudierendenvertretung von Österreich gibt ihre Auflösung bekannt.

Aufgrund des Auslaufens der Sozialakademien auf Bundesebene ist eine ordnungsgemäße Zusammenkunft nicht mehr möglich. Bei unserem letzten Treffen im März dieses Jahres beschlossen wir, die Bundesstudierendenvertretung im Herbst 2003 aufzulösen.

Ich bedanke mich hiermit bei sämtlichen Studierenden, die ihr Engagement über die Akademiegrenzen hinaustrugen, sich für ihre Kolleginnen und Kollegen ebenso einsetzten wie für die Benachteiligten unserer Gesellschaft - und so politisch tätig waren!

Dank den verantwortlichen Direktoren, die den Einsatz der Studierendenvertretung sowohl finanziell als auch ideell unterstützten.

Die Zeit in der Bundesstudierendenvertretung hat meine Studienzeit um eine weitere Lernerfahrung auf sozialpolitischer Ebene bereichert und mich viele Gleichgesinnte kennen lernen lassen.

Wenn es auch nicht immer leicht war, die Studierenden für die Treffen zu mobilisieren, so traf sich immer eine kreative und bunte Schar, welche unsere Zusammenkünfte belebte und zu etwas Besonderem werden ließ.

Schön, dass wir uns begegnet sind, und wunderbar, wenn ihr eure Einsatzbereitschaft diversen Gremien der Sozialarbeit weiter zur Verfügung stellt.

Toni Schuster
Bundesstudienvertreter

SIO-ABO AKTION*

´So schmeckt Europa´ Die etwas andere Vorbereitung auf die EU-Erweiterung

Im Mai 2004 werden zehn Länder der Europäischen Union beitreten, Bulgarien und Rumänien werden voraussichtlich 2007 folgen. Die EU-Familie wird dann 500 Millionen Menschen umfassen.
Mit dem Kochbuch ´So schmeckt Europa – Eine kulinarische Reise durch die EU-Beitrittsländer´ will das Europaforum Burgenland auf eine neue Art und Weise einen Beitrag zur EU-Erweiterung leisten. Was gibt es Schöneres, als sich den neuen Mitgliedsländern über den Gaumen zu nähern und Raffinessen und Eigenheiten jeder Küche heraus zu finden? Das Europaforum Burgenland will mit diesem Projekt einen neuen Weg des Kennenlernens und Zusammenwachsens gehen.
Der Verein Europaforum Burgenland wurde im Jahr 2001 gegründet, mit dem Ziel, die Burgenländerinnen und Burgenländer über die EU-Erweiterung sachlich und offen zu informieren (und der Slowakei).
Gemeinsam mit den Botschaften, die die Rezepte zur Verfügung gestellt haben, Fritz Tösch und Chefkoch Sascha Huber vom Landgasthaus am Nyikospark, Fotograf Steve Haider und dem Grafiker Friedrich Kovac ist das Kochbuch entstanden.

Es beinhaltet zusätzlich Statistiken und kurze Länderinformationen, es ist im Eigenverlag erschienen und kann zum Preis von 10 Euro (+ Porto) beim Europaforum Burgenland (Julius Raab Str. 7, 7000 Eisenstadt, Tel. 02682/799-12) bestellt werden.

Informationen: Mag. Jennifer Strammer, 0664/6124721
Informationen zum Verein Europaforum Burgenland: www.europaforum-burgenland.at.

*** Die ersten zehn, die sich im neuen Jahr für ein SIO-Abo entscheiden, erhalten das Kochbuch "So schmeckt Europa" gratis dazu.**

Magazin

Elektronischer Strafvollzug im Schweizer Modellversuch erfolgreich

Electronic Monitoring stammt aus den USA und wurde bereits in Großbritannien, Schweden und Holland erprobt. Seit 1999 läuft auch in der Schweiz ein Modellversuch. Diese Form des Strafvollzugs besteht darin, dass der Gefangene am Fuß einen Sender trägt, der über ein Modem im hauseigenen Telefon einem Großrechner in Kontakt steht. Dieser erhält dadurch eine Information, wann die Wohnung betreten oder verlassen wird. Der Betroffene kann somit einer normalen beruflichen Tätigkeit nachgehen und am sozialen Leben teilnehmen.
Es wird mit ihm ein Wochenprogramm festgelegt. Abgesehen von Therapien muss der Gefangene die Freizeit in der Wohnung verbringen, für Besuche gibt es keine Einschränkung. Hält er den Wochenplan nicht ein, kann die Teilnahme am Electronic Monitoring eingestellt werden und die restliche Strafe ist in der Justizanstalt abzubüßen. Unvorhergesehene Umstände können telefonisch besprochen werden.
Angewendet wird diese Vollzugsform bei kurzen Strafen und in der letzten Phase einer längeren Freiheitsstrafe. Der Modellversuch in sechs Kantonen verlief bisher sehr gut, sodass er verlängert wurde. Eine Dokumentation der Ergebnisse soll noch 2003 vorgelegt werden.
(SozialAktuell Juni 2003)

KünstlerInnen im Sozialbereich

Im „Grünen Kreis“, einem Verein des Bereichs Suchtkrankenhilfe, wurden bereits 40 kleinere und größere Kunst-Projekte realisiert. KünstlerInnen erarbeiteten mit den ehemals drogenkonsumierenden BewohnerInnen der Einrichtungen Zeichentrickfilme, Tanzworkshops, Techno-CD u.a.m.. Dass sich diese Kooperation zwischen den Bereichen Kunst und Soziales ausdehnt, ist das Ziel von „ARTWORKS – Künstlerische Dienstleistungen im Dritten Sektor“. Artworks wird im Rahmen der EU-Initiative „Equal“ durchgeführt und vom Europäischen Sozialfonds und vom BM für Wirtschaft und Arbeit gefördert.
Es wurde vom Österreichischen Kulturservice (ÖKS) im September 2002 gestartet und soll bis Februar 2005 verschiedene Module durchlaufen. Wissenschaftlich wird es vom NPO-Insititut in Wien und vom Grazer Joanneum Research betreut. Als Ergebnis wird unter anderem die Entwicklung von Weiterbildungs- und Trainingsmethoden, welche KünstlerInnen auf die Kooperation mit sozialen Organisationen vorbereiten, angestrebt.
Bereits 1993 entstand durch die Tätigkeit der Wiener KünstlerInnengruppe „Wochenklausur“ ein Projekt, welches sich noch heute bewährt. Es begann der Betrieb des Louise-Busses für die mobile medizinische Versorgung Obdachloser.
Neben den Sozialeinrichtungen sollen auch die KünstlerInnen von diesem Projekt profitieren. Denn für die (teils arbeitslosen) KünstlerInnen eröffnet sich dadurch ein neues Betätigungsfeld. Als Teil des ARTWORS-Projekts findet im Februar 2004 in Seggauberg/Steiermark eine Trainingswoche für NPOs und KünstlerInnen statt, die Bewerbungsfrist dauert noch bis 31.12.2003 (siehe Veranstaltungsüberblick in dieser Ausgabe).
(www.equal-artworks.at)

Haus Meldemannstraße sperrte endgültig zu

Das Gebäude wartet nun nach 97 Jahren Betrieb als Unterkunft für obdachlose Männer auf eine neue Verwendung. 230 Bewohner und Personal übersiedelten Anfang November 2003 in ein neues Gebäude. Für ca. 100 weitere Bewohner waren im letzten Jahr Wohnplätze in zwei neuen Seniorenwohnheimen geschaffen worden. Die neue Unterkunft befindet sich in Wien-Floridsdorf (1210 Wien, Siemensstraße 109, Tel.: 531 14/ 59 15).
Im Zuge der Reformen im Fachbereich Wohnungslosenhilfe der MA 12 – wien sozial seit 1999 war das Angebot der städtischen Herbergen (nunmehr: „Häusern für Wohnungslose“) vereinheitlicht und in jedem Haus eine Betreuung der BewohnerInnen durch DiplomsozialarbeiterInnen eingeführt worden. Dies hatte auch zu einer Imageverbesserung der Meldemannstraße, welche mit über 380 systemisierten Betten lange Zeit Österreichs größte Obdachlosenunterkunft gewesen war, geführt.
Gewissermaßen in der Phase des Endspurts wurde die Meldemannstraße auch noch zu einem Objekt des künstlerischen und medialen Interesses. Nach der äußerst erfolgreichen Theaterproduktion von George Taboris „Mein Kampf“, welche in den Räumen des Hauses unter Beteiligung einiger Bewohner zur Aufführung gelangte, erschien nun Mitte Oktober 2003 ein Buch mit dem Titel „Haus Meldemannstraße“. Darin geben zahlreiche Fotos von Hertha Hurnaus und Interviews mit den Bewohnern einen Einblick in das Leben des Hauses. Peter Pantucek leitet die Darstellung mit einem Essay ein (Czernin-Verlag, 19,- €). In der Künstlerhaus-Passage-Galerie waren die Fotos im Rahmen einer Ausstellung im Oktober drei Wochen lang zu sehen.

Hartz IV und Sozialabbau in Deutschland

Da in Österreich laut Regierungsabkommen vom März 2003 die Notstandshilfe in die Sozialhilfe integriert werden soll, ist die derzeitige Umgestaltung des deutschen Sozialsystems mit ähnlichen Zielen besonders interessant, SIO 3/2003 berichtete bereits.
Das entsprechende Gesetz wurde nun am 17.10.2003 im Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition beschlossen: Das Arbeitslosengeld – ähnlich konzipiert wie die gleichnamige Leistung in Öster-

reich – bleibt in seiner bisherigen Höhe (60% bzw. 67% des letzten Nettoentgelts) erhalten, die Bezugsdauer wird allerdings mit maximal 12 Monaten begrenzt. Jene Leistung, welche unserer Notstandhilfe entspricht, nennt sich in Deutschland Arbeitslosenhilfe. Sie betrug bisher ca. 10% weniger als das Arbeitslosengeld und war zeitlich nicht befristet. Diese Leistung trägt künftig den Namen Arbeitslosengeld II und ist klar als Fürsorgeleistung mit fixen Sätzen (345 € für einen Alleinunterstützten im Westen und 331 € im Osten) konzipiert. Neben den 1,2 Millionen BezieherInnen der bisherigen Arbeitslosenhilfe sollen diese Leistung auch alle erwerbsfähigen SozialhilfebezieherInnen (ca. 1,5 Millionen) erhalten. Das bedeutet eine Neuregelung des Sozialhilferechts. Das System der Sozialhilfe ist künftig nur mehr für alle erwerbsunfähigen Personen und alte Men-schen ohne Pensionsanspruch zu-ständig. Statt Sozialhilfe wird die Leistung Sozialgeld heißen.
Die Verschlechterung für die Arbeitslosen besteht zunächst in der geringeren Höhe des Bezugs. Diese ergibt sich aus dem einheitlichen Regelsatz, welcher deutlich unter dem bisherigen Durchschnitt liegt (z.B. Sachsen-Anhalt 520 €) und weiters durch die Anrechnung des Partnereinkommens und des Vermögens (Freibetrag 13.000 €, Eigenheim ausgenommen). Hinzu kommt ein fast gänzlicher Wegfall der Zumutbarkeitsbestimmungen.
Von vielen Verbänden begrüßt werden als weitere Teile der Reform die Verbesserung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter, die Einführung eines Kinderzuschlags von monatlich 140 € für Familien mit geringem Einkommen und das Ende der Doppelzuständigkeit von Arbeits- und Sozialämtern.
Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) fordert auf, eine Petition zu unterzeichnen (www.dbsh.de/redsys/soztop/user pages/einspruch.html). Am 1.11. fand in Berlin eine Demonstration mit 100.000 TeilnehmerInnen gegen diese Form des Sozialabbaus statt. (ForumSozial 4/2003, www.sozialpolitik-lehrbuch.de; www. labournet.de/diskussion/wipo/gesund/ueberblick.pdf)

Wiener Wissensbörse löst sich auf.

Kostenloser Wissensaustausch zwischen den Generationen, Gelegenheiten schaffen für eine Tätigkeit in der Pension, einen Beitrag leisten für das Miteinander der Generationen waren 13 Jahre lang die Ziele dieses Projekts.
Da keine NachfolgerInnen für die Vorstandstätigkeit gefunden werden konnten, lösen sich die Initiative und ihr Trägerverein „Aus erster Hand“ mit Jahresende auf. Die Tätigkeit umfasste Öffentlichkeitsarbeit, Gesprächsrunden, Diskussionsveranstaltungen und Einzelgespräche.
(Euleninfo 13.Jg. 2003)

Tipps

Ein Praxishandbuch zum OÖ. Sozialhilfegesetz
hat das Oberösterreichische Armutsnetzwerk unter dem Titel „Armut als tägliche Herausforderung“ kürzlich herausgegeben. Bestellbar ist es um 10,- € bei der Sozialplattform OÖ (4020 Linz, Weingartenstr. 38). Die 80-seitige Publikation geht auf ein Skriptum der Sozialabteilung des Landes zurück und umfasst neben Fallbeispielen, Praxistipps und Erläuterungen auch Fachartikel von Emmerich Tálos, Nikolaus Dimmel u.a..

www.sozial-wirtschaft.at ist das Internetportal eines neu gegründeten Netzwerks zur Unterstützung von kleinen und mittleren sozialen Organisationen. Armutskonferenz, BAWO, Bundesdachverband für Soziale Unternehmen u.a. arbeiten darin zusammen. Das AMS, die Wirtschaftskammer und andere öffentliche Institutionen sind strategische Partner. Fortbildung für die MitarbeiterInnen und Fördermöglichkeiten stellen wichtige Inhalte dar.

Jubiläen

20 Jahre
Arbeitsgemeinschaft Noah
(Geschäftsbereich des Zentrums Spattstraße Linz,
Träger: Diakoniewerk der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich),
www.noah.at

Miteinander Lernen: Beratungs-, Bildungs- und Psychotherapiezentrum für Migrantinnen, 1170 Wien,
www.miteinlernen.at

LAXENBURGER FORUM
Fortbildung für Berater, Psychotherapeuten und Mediziner

WORKSHOP: Insoo Kim Berg
„Lösungsorientiere Ansätze in der Paar- und Familientherapie“

Das Laxenburger Forum startet den Zyklus 2004 mit einem Workshop mit Insoo Kim Berg. Diesmal focussiert die Mitbegründerin und Leiterin des Brief Therapie Centers (BFTC) Milwaukee auf lösungsorientierte Ansätze in der Paar- und Familientherapie und gibt theoretische und praktische Einblicke in ihre Arbeit.
Für 2. + 3. Juni 2004 wird Prof. Michael White (Dulwich-Center, Melbourne) erwartet.

Termin: 20. April 2004, 10.00 – 18.00 Uhr
21. April 2004, 9.00 – 17.00 Uhr

Ort: Ort der Mitte, Laxenburg bei Wien
Münchendorfer Straße 2

Kosten: 350,– EUR inkl. Mittags- und Pausenverpflegung (exkl. USt.)

Anmeldung: Mag. Dorothee Rathjen
Tel. +43/676/904 01 06
Anmeldeformular: http://www.origo.co.at

Die EU-Erweiterung: Herausforderung für die Soziale Arbeit (Tagungsbericht)

Die EU-Erweiterung stellt gerade für Österreich, das an vier der neuen Beitrittsländer angrenzt, eine Vergrößerung des Aktionsradius in verschiedene Richtungen dar. Die gemeinsame Grenze mit diesen vier Ländern beträgt ca. 1.300 km. Ein großer Teil der Fläche Österreichs und mehr als ein Viertel der

Einwohner Österreichs liegt bzw. wohnen in einem Umkreis, der ca. 60 km von diesen Grenzen entfernt ist. Durch das Ende des kalten Krieges ist Österreich aus der Position der Peripherie des marktwirtschaftlich demokratischen Westens mehr in den Mittelpunkt eines sich vereinigenden Europas gerückt. Handel, Industrie und andere Dienstleistungsunternehmen haben die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bald erkannt und genützt. Gerade unter wirtschaftlichem Aspekt profitiert Österreich am meisten von der EU-Erweiterung. Wirtschaftsforscher errechneten, dass die Gesamteffekte aller Zuwächse in der wirtschaftlichen Kooperation mit Mittel-/Osteuropa zusätzliche Wachstumseffekte von ca. 3,5% bewirken.

Neben den wirtschaftlichen Chancen und Vorteilen bringt die EU-Erweiterung eine Reihe weiterer positiver Veränderungen, wie z.B. Sicherung der Stabilität, Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, Entfaltung eines gemeinsamen Humanpotentials. Von besonderer Bedeutung sind die kulturellen, geistigen, historischen und menschlichen Anknüpfungspunkte, die wieder genutzt werden können. Für die Sicherheitslage ist es entscheidend, nicht mehr EU-Außengrenze zu sein. Auf mittlere Sicht betrachtet, wird die soziale Stabilisierung in den Gesellschaften die organisierte Kriminalität und die illegale Migration eindämmen.

Trotz objektiver positiver Auswirkungen der EU-Erweiterung ist bei vielen Menschen in Österreich eine große Skepsis bis Ablehnung gegenüber der Erweiterung, aber auf jeden Fall auch Ignoranz beobachtbar.
Dr. Erhard Busek, ein exzellenter Ost-/Mitteleuropa-Kenner, schreibt in seinem vor wenigen Monaten erschienenen Buch: „Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten“ Folgendes: „Das was heute wirklich fehlt, ist ein Verständnis für die Seele des Ostens. Mag sein, dass uns Aufklärung, Moderne und Postmoderne die Fähigkeit genommen haben, diese eigene vielfältige Tradition zu verstehen. Die Enge des Westens lässt uns die Weite des Ostens nicht richtig erahnen. Wir suchen den Osten Europas nicht mit der Seele, oft nicht einmal mit dem Verstand, sondern mit Besserwisserei, die oft ohne wirkliches Wissen ist.“ (257 f)

Es stellt sich die Frage: Was verbindet, was unterscheidet und was trennt uns von den ost-/mitteleuropäischen Ländern? Glaubt man empirischen Studien, so zeigt uns gerade die europäische Wertestudie (Denz 2002), dass die Unterschiede zwischen den europäischen Länden vielfach nicht im geografischen Sinne Ost/West verlaufen, sondern nach anderen Mustern. Es unterscheiden sich die europäischen Gesellschaften nach den Kriterien: Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote, Sozialschutzausgaben (**siehe Tabelle**).

Große Unterschiede

Wohlstand, Einkommen und

Soziale Schlüsselindikatoren

	EU	A	D	Min	Max	CZ	HU	PL	SK	SL
Beschäftigungsquote 2001	64	68,4	66	55	76	65	57	55	57	64
Beschäftigungsquote Frauen 2001	54,9	60	59	41	72	57	50	49	52	59
Arbeitslosenquote 2001	7,4	3,6	7,7	2	11	8	6	19	20	6
Sozialschutzausgaben in % BIP 2001	27,3	28,7	29,5	14	32	-	-	-	20	27
Nettozuwand. Rate je 1000 Einw. 2000	3,1	2,2	3,2	1	8	0,2	-0,8	-0,2	1,4	-
Frauen in nationalen Parlamenten 2001	23	28	32	9	44	15	8	13	-	12

Quelle: Die soziale Lage in der EU 2003

Armut sind in den „alten“ 15 EU-Ländern auch schon sehr unterschiedlich verteilt, gegenüber Ost/Mitteleuropa zeigt sich noch einmal ein großer Unterschied. In den letzten 10 Jahren sind in Ost-Europa die Armut und die Ungleichheit markant angestiegen. Erst in letzter Zeit hat sich die Lage stabilisiert. Armut und Ungleichheit steigen nicht weiter an, doch müssen die sozialen Folgen der raschen Zunahme der Ungleichheit zu Beginn der Transformation weiter im Auge behalten werden.
Während in den EU-15 Ländern auf Grund der Sozialleistungen der Armut doch entscheidend entgegengewirkt werden kann, fehlen diese Sicherungsmöglichkeiten in den mitteleuropäischen Ländern noch weitestgehend. Zu den Faktoren, die zu sozialer Ausgrenzung führen, zählt hauptsächlich Arbeitslosigkeit. In vielen Beitrittsländern haben sich die Möglichkeiten der sozialen Sicherung, durch Beschäftigung angemessenes Einkommen zu erwirtschaften, als problematisch erwiesen. Entscheidend wird sein, die Produktivität zu steigern, um wettbewerbsfähig zu werden. Eine wichtige Bedingung dafür ist die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, diese wird als gut (zum Teil besser als in Südeuropa) beurteilt.

Die politischen Herausforderungen in Verbindung mit sozialer Ausgrenzung, Armut und allgemeinen Ungleichheiten einschließlich des Gesundheitszustandes werden zunehmen.
Die Gesundheitssituation ist in den Beitrittsländern problematisch, dies zeigt sich in der Lebenserwartung, die in den letzten 10 Jahren in den MOE-Ländern stagnierte, während sie in den EU-15 Ländern anstieg.

Die Migrationsbereitschaft wird als gering eingeschätzt. Kurzfristig wird es zu Wanderung kommen. Das Potential wird je nach Berechnung zwischen einer und vier Millionen angegeben. Rainer Münz argumentiert, dass viele der zu Migration bereiten Personen bereits abgewandert sind. Auf lange Sicht werden die mittelosteuropäischen Länder genauso zu Einwanderungsländern werden wie die anderen europäischen Länder. Daher wird eine gemeinsame Migrationspolitik in der EU sehr wichtig werden, um zu konstruktiven Lösungen zu kommen. Langfristig wird eine Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte zwischen den EU-Staaten einerseits und zwischen Europa, USA und Kanada andererseits, entstehen.

Der fh-campus wien veranstaltete gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. die erste internationale Fachtagung zum Thema: Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für das Sozialmanagement und die Sozialwirtschaft in Deutschland und Österreich.

Starke Sozialpolitik garantiert europäisches Sozialmodell

Regionale Ungleichheiten und Probleme mit dem sozialen Zusammenhalt werden möglicherweise kurzfristig wachsen, daher ist die Stärkung der sozialen Kohäsion als eine der größten sozialen Herausforderungen zu sehen. Mit den spürbar zunehmenden Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsstaaten werden die Instrumente der Zusammenarbeit - wie die offene Koordinationsmethode - gefragt sein, die in der Lage sind, mit solchen Unterschieden konstruktiv umzugehen und sie zu überbrücken.
Ein sozial gerechtes und für seine Bürger attraktives Europa soll sowohl die Einkommensunterschiede zwischen seinen Regionen und Mitgliedsstaaten abbauen, als auch Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen.
Mit dieser Erwartung streben die Länder Mittel- und Osteuropas in die EU. Werden sie enttäuscht, sinkt die Zustimmung zur Mitgliedschaft. Ähnlich wollen auch die BürgerInnen in den reicheren EU-Ländern nicht Opfer eines Paneuropäischen Wettbewerbs werden. Die Anpassungsprobleme in den alten Mitgliedsländern halten sich angesichts der geringen wirtschaftlichen Größe der Beitrittsländer in bescheidenen Grenzen und konzentrieren sich in einigen Regionen in Österreich und Deutschland in einzelnen Sektoren (Bau, Gastronomie). Die Argumentation, nach der Erweiterung seien die Sozialmodelle gefährdet, ist vollends unhaltbar. Der Druck auf Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat geht primär von der nationalen Politik aus. Eine stärkere sozialpolitische Regulierung auf europäischer Ebene wäre erforderlich, um den

Erosionsprozess des europäischen Sozialmodells auf Grund von WWU und neoliberaler Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken. Wichtig ist, den Wohlfahrtsstaat als Grundwert neben Menschenrechten und Demokratie in den Beitrittsländern bekannt zu machen. Der Aufbau von Zivilgesellschaft und Sozialpartnerschaft ist zu forcieren. (Durch gesetzliche Mindestlohnfestlegungen in Kollektivverträgen könnte die Gefahr der Verarmung eingedämmt werden.)

Die EU-Erweiterung ist als Thema in die Sozialarbeits-Ausbildungen aufzunehmen. Faktum ist auf jeden Fall, dass die Ausbildung zur Sozialarbeit in den meisten MOE-Ländern auf universitärer Ebene stattfindet. Fragen der Dezentralisierung, der Ehrenamtlichkeit, sowie der Finanzierung usw. bestimmen die Diskussion (vgl. Tomes / Koldinska 2004). Soziale Dienste der bisherigen und neuen Mitgliedsstaaten stehen vor Aufgaben, deren Bewältigung unter klärungsbedürftigen Bedingungen (Grünbuch) steht.

Die Kooperation zwischen Ausbildungsstätten und Einrichtungen der Sozialen Arbeit in Österreich ist mit den mittel-/osteuropäischen Ländern auszubauen.

Wichtig ist einerseits Know-How Transfer (z.B. für das Verfassen von ESF-Anträgen), andererseits Unterstützung beim Aufbau von Verwaltungsstruktur und Einrichtungen Sozialer Arbeit zu geben. Die Stärkung des sozialen Dialogs ist eine wichtige Voraussetzung, um die Herausforderungen der EU-Erweiterung konstruktiv zu bewältigen.

Literaturverzeichnis:

Busek Erhard, Mikulitsch Werner (2003): Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten, Wieser Verlag Klagenfurt

Denz Hermann (Hg) 2002: Die europäische Seele, Czernin Verlag Wien

Tomes Igor, Koldinska Kristina (2004): Soziale Dienstleistungen in den beitretenden Staaten – die Ergebnisse einer vergleichenden Studie, ISS Frankfurt am Main

Mag. Dr. Gruber Christine: Leiterin des FH-Studienganges Sozialarbeit – Studium für Berufstätige sowie der Bundesakademie für Sozialarbeit für Berufstätige in Wien.

bezahlte Anzeige

Das Österreichische Komitee für Soziale Arbeit lädt ein zur
JAHRESKONFERENZ 2003:
„NACHHALTIGKEIT“
Wie kann Arbeit erhalten werden?
Tagungsort: **FH Joanneum Graz**
Alte Poststraße 149
8020 Graz
Mittwoch, 19. November 2003, 9.00-16.00 Uhr
Tagungsbeitrag inklusive Dokumentation und Verpflegung:
Mitglieder € 30,-- Nicht-Mitglieder € 40,--StudentInnen € 25,--
Die Veranstaltungsräume sind behindertengerecht zugänglich.
Information und Anmeldung:
Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit
Irene Köhler, Geschäftsführerin
Geigergasse 5-9, 1050 Wien Tel.: 01/548 29 22, Fax: 01/545 01 33
e-mail:oeksa@netway.at

bezahlte Anzeige

"Brüssler Spitzen" – Interview mit EU-Experten Alexander Riedl

SIO: Was bedeutet es konkret für die Beitrittsländer, die Sozialstandards an die EU anzugleichen? Wer zahlt dafür am Ende des Tages?

Riedl: Einerseits werden die Arbeitnehmer in denjenigen Beitrittsländern mit niedrigerem Schutzniveau von einer Harmonisierung der Standards und der Übernahme des sogenannten *European Social Model* profitieren. Ich persönlich erwarte hierdurch bessere Arbeitsbedingungen, geringere Gesundheitsrisiken und einen erweiterten Schutz gegen Diskriminierung.

Andererseits sind neue Regulierungen für Arbeitgeber natürlich mit höhren Arbeitskosten verbunden. Langfristig könnte eine zu starke Regulierung zu einer geringeren Nachfrage für den nunmehr verteuerten Faktor Arbeit führen und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Volkswirtschaften gefährden. Das heisst konkret: mehr Arbeitslosigkeit. Und die hat bekanntlich negative Auswirkungen für alle: Arbeitnehmer, Unternehmen und den Staat. Allerdings dürfen wir auch nicht vergessen, dass ein funktionierendes Sozialmodell ein wichtiger Standortfaktor ist.

SIO: Ist das schon weitestgehend passiert ? Welche Länder sind in dieser Hinsicht die "kritischsten/schwierigsten" Kandidaten?

Riedl: Zum Stand der Dinge empfehle ich einen Blick auf die Internetseiten der Kommission (s.unten). Die für Beschäftigung und Soziales zuständige Generaldirektorin in der EU-Kommission, Odile Quintin, hat vor kurzem alle Beitrittsländer bereist, um dort, wo Nachholbedarf besteht, Druck zu machen. Alle zehn Länder müssen sich noch besser auf die administrative Umsetzung des Europäischen Sozialfonds und die Antidiskriminierungsrichtlinien vorbereiten. Estland hat als einziges Land ein *serious warning* erhalten, da die Esten im Bereich Arbeitsrecht und Gleichbehandlung bislang so gut wie keine EU-Richtlinie umgesetzt haben.

SIO: Könnte eine EU-weite Nivellierung nach unten die Folge sein ?

Riedl: Zunächst die Fakten: Beschäftigungs und Sozialthemen stehen auf der Prioritätenliste der

neuen EU-Bürger ganz vorne. Eine vor kurzem in den Beitrittsländern durchgeführte Eurobarometer-Umfrage hat ergeben, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (80% der Befragten) sowie der Armut und sozialen Ausgrenzung (70%) zwei der wichtigsten Politikfelder sind, auf die sich die EU fokussieren sollte. Ein Abbauwettlauf ist daher unwahrscheinlich, das werden die Bürger nicht mitmachen. Ich hoffe vielmehr, dass ein „Wettbewerb der besten Arbeitsmarktpolitik" mit nunmehr 25 statt 15 teilnehmenden EU-Volkswirtschaften im fairen Rahmen der EU-Vorgaben die notwendigen Reformen auf den Arbeitsmärkten schneller voranbringt. Wir können viel voneinander lernen.

SIO: Die Angleichung der Sozialstandards als Wettbewerbsnachteil: wird dies - wenn ja von welchen - Beitrittskandidaten moniert?

Riedl: Über diese Hypothese wird vor allem im akademischen Bereich gestritten. Aus der Praxis ist mir nicht bekannt, dass sich ein Beitrittsland hierüber beschwert hat. Ich erinnere daran, dass sich alle Erweiterungskandidaten mit dem Beitrittswunsch entschlossen haben, das bestehende EU-Recht- und zwar den gesamten *acquis communautaire* - zu übernehmen. Da ist es nicht so, dass man sich herauspicken kann, was man umsetzen möchte und was nicht. Das hat auch mit Solidarität und Fairness zu tun, zwei Grundprinzipien der Europäischen Union.

SIO: Stimmung in der Kommission hinsichtlich der Erweiterung? Welche Befürchtungen, welche Hoffnungen?

Riedl: Das Team von Erweiterungs-Kommissar Günter Verheugen und alle involvierten Akteure haben in den vergangenen Jahren hart gearbeitet, um die EU-Erweiterung zu einem Erfolg zu machen. Jetzt muss das ganze implementiert werden, in der praktischen täglichen Arbeit, institutionell und finanziell. Man stelle

sich nur einmal die zusätzliche Arbeit für Übersetzer, Dolmetscher oder den EU-Verwaltungsapparat vor. Die Erweiterung der EU um zehn Staaten ist ein dicker Brocken, der erst einmal verdaut werden muss. Das braucht Zeit.

SIO: Gibt es sowas wie eine "SozialarbeiterInnen"-Lobby der Beitrittskandidaten-Länder in Brüssel? Wer nimmt sich in der Kommission im Besonderen der Anliegen der SozialarbeiterInnen an?

Riedl: Von einer straff durchorganisierten Interessenvertretung zu sprechen, wäre sicherlich übertrieben. Dazu fehlt es den SozialarbeiterInnen aus den Beitrittsländern an Zeit und Ressourcen. Dennoch vertreten einige etablierte NPO-Plattformen in Brüssel auch deren Interessen. Auf Seiten der Kommission möchte ich die gute Arbeit der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales besonders hervorheben.

SIO: Sind Ihnen besonders intensive Kooperationen zwischen NPOs oder Regierungsstellen zwischen den EU-Ländern und den Beitrittsländern bekannt? Gibt es da so etwas wie ein Vorzeigeprojekt ?

Riedl: Es gibt eine Menge Vorzeigeprojekte, unter anderem über die Heranführungshilfen Phare, Sapard und ISPA ist viel Geld in Projekte geflossen, und bis 2006 stehen weitere Mittel zur Verfügung.

SIO: Ganz ehrlich, welchen Stellenwert besitzt die "Soziale Arbeit" an sich in Brüssel ?

Riedl: Meine persönliche Einschätzung: NPOs und EU-Kommission machen eine gute Arbeit, aber stoßen leider bei den politischen Entscheidern allzu oft auf taube Ohren. Es bleibt viel zu tun.

Interview führten Manfred Tauchner und Roland Fürst

Alexander Riedl, 35, Dipl. Volkswirt, ist Leiter der Geschäftsentwicklung und Europäischen Projekte bei EurActiv.com, dem führenden unabhängigen On-line-Portal zu EU-Themen: www.euractiv.com
Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der EU-Kommission: http://europa.eu.int/comm/employment_social/
Generaldirektion Erweiterung der EU-Kommission: http://europa.eu.int/enlargement/

bezahlte Anzeige

Donau-Universität Krems
www.donau-uni.ac.at

Soziale Arbeit kompetent organisieren

Berufsbegleitender Universitätslehrgang zum Master of Science (Msc), 4 Semester.

Soziale Arbeit und Sozial-Management

Für die fachliche und organisatorische Leistungsfähigkeit im Sozialwesen werden neben Engagement, Erfahrung und Persönlichkeit solide Fachkenntnisse auf hohem Niveau immer wichtiger. Der Universitätslehrgang „Soziale Arbeit und Sozial-Management" vermittelt den „State of the art" sozialer Arbeit und die Grundlagen modernen Managements. Zielgruppe sind DiplomsozialarbeiterInnen, im Sozialwesen tätige Personen mit sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studienabschlüssen sowie leitende PraktikerInnen.

Start des Lehrgangs 23. Februar 2004

Information: Frau Gertrude Schuldes, +43 (0)2732 893-2602, gertrude.schuldes@donau-uni.ac.at

www.donau-uni.ac.at oder www.sozaktiv.at

Donau-Universität Krems, Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems, Austria

Ungarn – Bestandsaufnahme der Drogenarbeit

Die Aufbruchstimmung an der Schwelle zum EU-Beitritt ist groß, die wirtschaftliche Entwicklung floriert in zahlreichen Sparten, doch in den vergangenen Jahren schnellten in Ungarn auch unerfreuliche Zahlen in die Höhe: 1995 wurden 3553 DrogenkonsumentInnen in Gesundheitseinrichtungen behandelt, 2002 war die Zahl der Opiatabhängigen auf knapp 13.000 (Zahl der in Gesundheitseinrichtungen Behandelten, Quelle: Kinder-, Jugend- und Sportministerium) angestiegen. Das umfassendste Netz an Gesundheitseinrichtungen für Opiatabhängige bilden in Ungarn Drogenambulatorien mit medizinischer, psychologischer und psychiatrischer Behandlung, die in allen 19 Komitaten eingerichtet wurden.

Für die Langzeittherapie wurde mittlerweile auch eine Reihe weiterer vom Staat geförderter Rehabilitationsinstitute eingerichtet. Eines der bekanntesten ist die „Leo Amici Stiftung". In ganz Ungarn gibt es vier Spritzentausch-Programme, zwei davon in Budapest. Das Netz jener Versorgungseinrichtungen, in denen sanitäre Einrichtungen sowie tägliche Verpflegung geboten werden, sei laut Károly Kály-Kullai, selbst Leiter einer Drogeninformationsstiftung, nicht ausreichend ausgebaut: „Es gibt in ganz Ungarn bestimmt weniger als zehn solche Institutionen." Zwar gäbe es auch eine Reihe von niederschwelligen, psychosozialen Einrichtungen – viele davon sind kirchliche – doch die finanziellen Möglichkeiten, etwa auch Übernachtungsgelegenheiten zu bieten, hätten die wenigsten. Eine gesetzlich gesicherte, normative Förderung für Stiftungen, Vereine oder Organisationen existiert in Ungarn bislang nicht. Zuschüsse können diese nur über Ausschreibungen gewinnen.

Steigende Drogenkriminalität - Dekriminalisierung

Seit zwei bis drei Jahren bemüht man sich verstärkt um Drogenpräventionsprogramme für Kinder und Jugendliche. Die meisten dieser werden vom Kinder-, Jugend- und Sportministerium und von Pädagogen forciert. Nicht zuletzt wegen der steigenden Drogenkriminalität (1992 gab es 135 Rechtsverletzungen, 2002 waren es 4775) setzt sich auch die ungarische Polizei verstärkt für solche Projekte ein. Eines der bekanntesten, das sogenannte „D. A. D. A-Programm" – Dohányzás (Rauchen)-Alkohol-Drog-Aids – konnte bereits auf zahlreiche Schulen in ganz Ungarn ausgeweitet werden. Es ist dies ein aus den USA stammendes Unterrichtsprogramm, welches Schüler vom sechsten bis zum 14. Lebensjahr begleitet. Im Vordergrund steht dabei die Förderung von Talenten und Selbstvertrauen.

In den vergangenen Monaten ist in Ungarn in Bezug auf Drogenkonsum der Begriff Dekriminalisierung in den Mittelpunkt gerückt. Am 1. März 2003 trat jene Modifizierung des Drogengesetzes in Kraft, welche die sogenannte „Umleitung" (Elterelés) regelt. Auf das Wesentliche reduziert, bedeutet das, dass jene DrogenkonsumentInnen, die mit einer kleinen Menge illegaler Substanzen festgenommen werden, statt der auf sie wartenden Gefängnisstrafe, sich für einen Aufenthalt in einer Einrichtung entscheiden können, die sie „auf den richtigen Weg umleiten" soll.

Das Geld fehlt überall

Károly Kály-Kullai gehört in Un-

garn zu den Pionieren bei der Arbeit mit drogenabhängigen Menschen. Bereits 1987 gründete er den „Sziget Klub“ (Inselklub). Dieser war Vorreiter jener Stiftung, der „Insel Drogeninformationsstiftung“ (Sziget Droginformációs Alapítvány), die der Pädagoge heute in Budapest leitet. Sie wurde 1996 gegründet und ist eine Einrichtung mit breitgefächerter Dienstleistungspalette. Das 75 Quadratmeter kleine Büro ist eine niederschwellige, psychosoziale Drogenberatungsstelle und gleichsam auch Zentrum für Angehörigengruppen, für das Drogenpräventionsprogramm „Life Education Centre“, für spezifische Fortbildung für Lehrer. Die Stiftung beschäftigt sich auch mit Filmproduktionen. Unter anderem entstand hier das Konzept für eine später in Eigenregie gedrehte TV-Serie. In sechs Folgen wird darin die Arbeit verschiedener Fachleute und Drogeneinrichtungen dokumentiert. Sie wurden in mehreren ungarischen Fernsehsendern ausgestrahlt.

Fünf Mitarbeiter sind bei der Stiftung angestellt. Die meisten sind diplomierte Pädagogen, die nach ihrem Hochschulabschluss zusätzliche Bildungsmöglichkeiten in Anspruch nahmen. Dazu gehört etwa das Diplom „Addiktologiai Konzultáns“, vereinfacht übersetzt „Abhängigkeitsberater“. Darüber hinaus arbeitet man eng mit Psychologen und Psychiatern zusammen. An Geld mangelt es der Stiftung an allen Ecken und Enden. Das Büro ist in solch schlechtem Zustand, dass es bereits vom Gesundheitsamt als „ungeeignet“ eingestuft wurde. „Manchmal kann ich meinen Mitarbeitern Monate lang keinen Gehalt zahlen“, bedauert Kály-Kullai.

Bei der anonymen und kostenlosen Beratung arbeitet man in erster Linie mit dem humanistischen Modell nach Rogers. „Der Helfer wird zum Spiegel, in dem der/die KlientIn selbst sein eigenes Problem erkennen soll“, erläutert Kály-Kullai. Dabei soll es sich um eine offene Beziehung handeln, der/die KlientIn kommt so lange und so oft, wie es beide Seiten für wichtig halten. Durchschnittlich sind es drei bis zehn Gespräche. „Wir versuchen die KlientInnen für eine Therapie in einem Rehabilitationsinstitut zu motivieren. Entscheidet er/sie sich dafür, bleiben die Eltern bei uns in Betreuung.“

Vor rund sieben Jahren hielt die Beratungsstelle auch nachts offen. Man bekam für ein Spritzentausch-Programm staatliche Förderung. „Wir funktionierten damals als eine Art Klub. Unsere Erfahrungen waren sehr positiv. Doch das Geld reichte nur für zwei Jahre“, bedauert Kály-Kullai.

Verschiedene Drogenprogramme

Besonders stolz ist er auf das aus Australien stammende gesundheitserhaltende und Drogenpräventionsprogramm „Life Education Centre“ für Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 15 Jahren. Ein solches Zentrum gibt es nur in Budapest, und in ganz Europa nur in England, Finnland und auf Zypern. Dies ist ein vielseitig ausgestattetes, mobiles Klassenzimmer, eine Art Bus, mit dem zwei Stiftungsmitarbeiter, zwei speziell geschulte Pädagogen, zu Schulen und Kindergärten fahren. Im „Life Education Centre“ sollen Kinder unter anderem spielerisch lernen, die Funktionen ihres Körpers zu schätzen und ebenso erfahren, wie legale und illegale Substanzen diese zerstören können. In Abstimmung auf das Alter wurden mehr als zehn unterschiedliche Unterrichtsprogramme entwickelt.

Derzeit wird im Ministerium über die Verträge für zwei weitere Fahrzeuge gebrütet. „Ich hoffe, dass wir im Frühjahr diese in Betrieb nehmen können, damit wir auch am Land unterwegs sein können. Mich würde es freuen, wenn wir dieses Programm auch ins Ausland, etwa an Österreich, weiter geben könnten“, erklärt Kály-Kullai.

Besonders durch ihre Theateraufführungen erlangte die „Leo Amici Stiftung“, ein vom Staat gefördertes Rehabilitationsinstitut für Drogen- und Alkoholabhängige, großen Bekanntheitsgrad. Sitz der Stiftung ist in Komló, im Süden Ungarns, nahe Pécs. „Es können sich all jene melden, die der Drogensucht ein Ende setzen wollen und nicht wissen wie“, heißt es in der Aufnahmeordnung. 15 KlientInnen wohnen derzeit in der Einrichtung. Sieben SozialarbeiterInnen und PsychologInnen, vier von ihnen sind selbst heute “trockene Alkoholiker”, arbeiten hier mit verschiedenen therapeutischen Formen: Neben Theater- und Musiktherapie stehen etwa Arbeits- und Sporttherapie an der Tagesord-nung. Die Therapie im Institut stützt sich weiters auf das sogenannte 12-Schritte-Modell (Lebensveränderndes Programm, ausgearbeitet von den Anonymen Alkoholikern in den 1930-er Jahren. Sie beginnt mit der Erkenntnis der Abhängigkeit und der Erkenntnis, dass Abstinenz allein nicht die Abhängigkeit stoppen kann und geht über Schritte wie etwa „Wir machen eine gründliche Inventur in unserem Inneren“). „Auch wenn bei den Schritten Wörter wie ‚Gott‘ vorkommen, betrachten wir es nicht als ein im engeren Sinn gläubiges Programm, wir wenden die 12-Schritte als Methode an“, stellt Csaba Mihaldinecz, Leiter und Mitgründer der Stiftung klar. Einen wichtigen Stellenwert genießt im Institut die Einbeziehung der Eltern und Angehörigen.

Gegründet wurde die Stiftung 1991. Die ersten sechs Jahre der Stiftungsarbeit bezeichnet das Team als die „Heldenzeit“. Denn da es unter der kommunistischen Regierung Ungarns keine NGOs gab, galt es, sich alles Stück für Stück selbst zu erarbeiten, Fortbildungen zu besuchen, Gelder aufzutreiben. „Wir reisten viel ins Ausland, um uns anzusehen, wie solche Organisationen arbeiten“, beschreibt der Sozialarbeiter Csaba Mihaldinecz. Die Stiftung hatte das Haus – rund 300 Quadratmeter Wohnfläche inklusive einem Theatersaal – selbst gebaut. Den Großteil des Geldes hatte man vom Jeanskonzern „Levi’s“ bekommen.

Das Institut richtet sich weniger an die jüngsten Suchtkranken. „Es sind eher solche Opiat- und Alkoholabhängige, die sich bereits in einer Phase befinden, wo sie sozusagen die letzte Hilfe kurz vor dem Tod ergreifen“, so Mihaldinecz.

Das Durchschnittsalter liegt bei 25 Jahren, gewöhnlich leben die KlientInnen rund ein Jahr im Stiftungshaus. Die KlientInnen bzw. ihre Familien, die über finanzielle Mittel verfügen, leisten pro Monat einen Beitrag von 50 Euro. Bisher nahmen 150 Menschen das Rehabilitationsprogramm der Leo Amici-Stiftung in Anspruch. Rund 60 schafften einen Neubeginn – bisher ohne Rückfall.

Sexuelle Beziehungen unter den KlientInnen sind nicht erlaubt, doch die Trennung nach Geschlechtern lehnt man bewusst ab. „Die meisten rutschten in eine Abhängigkeit, noch bevor ihre sexuellen Kompetenzen ausgereift waren. Gleichzeitig wurde ihr Sexualleben von der Sucht ungünstig beeinflusst. Nun geht es darum, in der Gemeinschaft zu lernen, zwischen Achtung und Liebe, zwischen Intimität und Sex zu distinguiren. Vor allem muss die Fähigkeit zu lieben gefördert werden.“ Alte Gewohnheiten, festgefahrene Rollenbilder werden hinterfragt und auch verändert: Männliche Klienten müssen ebenso bügeln, kochen, abwaschen. Große Anerkennung wird der Stiftung für ihre Theatertherapie zuteil. Der französische Regisseur Georges Baal hält seit 1994 Seminare für die Therapeuten ab. Die Methode bei der Therapie erstreckt sich von der Arbeit mit dem eigenen Körper und Stimmbildung über die Arbeit am dramatischen Text bis hin zur Improvisation und Darstellung auf der Bühne und schließlich bis hin zum Auftritt vor öffentlichem Publikum.

Internet
www.leoamici.hu
www.droginfo.hu

Viktória Erdélyi,
geboren in Vác, Ungarn, lebt seit 1988 in Österreich, seit 1997 Studium Theaterwissenschaft/ Publizistik, 1998 Mitarbeiterin bei der online-Zeitschrift „media.nexus“, seit 1999 Journalistin beim KURIER, Redaktion Eisenstadt,

Schwerpunkte: Ungarn, Kultur, Frauen, Jugend

Sozialarbeit in Slowenien

Einleitung

Die Geschichte der Sozialarbeit als professionelle Tätigkeit mit höherer Schulausbildung ist im heutigen Slowenien ein halbes Jahrhundert alt. Die erste Schule für Sozialarbeit in Ljubljana wurde im Jahre 1955 gegründet. Experten entwickeln seit dieser Zeit konsistent Theorie und Praxis als zwei komplementäre, ineinander verflochtene und untrennbar verbundene Gesichtspunkte der Sozialarbeit. Die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Fachgebiet der Sozialarbeit in Slowenien im Rahmen des sozialistischen Systems des ehemaligen Jugoslawiens (Milosevic Arnold, Postrak 2003). Schon zu dieser Zeit suchte es nach Lösungen, die jenen in den sog. Sozialstaaten (welfare state) entwickelten gleich kamen. Ende der 60er und in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts führten Experten mehrere mobile Aktionsprojekte im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen durch (Mesec 1998), die eine Innovation im Rahmen der Pädagogik, der Psychologie und der Sozialarbeit darstellten. In den 70er-Jahren wurden in der damaligen Republik Slowenien neue Vorgehensweisen bei der freiwilligen Arbeit im Rahmen der Beratung und der Sozialarbeit entwickelt. Gleichzeitig begannen die Prozesse der Entinstitutionalisierung. So erhielt in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre die Erziehungsanstalt für minderjährige Straftäter Logatec die erste Wohngemeinschaft. Anfang der 80er-Jahre konzentrierten sich die Prozesse der Entinstitutionalisierung und der neuen Anschauungen über die geistige Gesundheit auf die Entinstitutionalisierung von Asylen und psychiatrischen Einrichtungen in Slowenien. Konzeptuell schlossen sie sich an die Transformierung des Triester psychiatrischen Krankenhauses an (Flaker, Zavirsek 1997a). Experten und Expertinnen, vorwiegend an der damaligen Höheren Schule für Sozialarbeit beschäftigt, führten in den psychiatrischen Einrichtungen Sloweniens eine Reihe von Projekten durch (Flaker, Urek 1989, Zavirsek 1994). In den 80er-Jahren, kurz vor dem Umschwung des sozialistischen politischen Systems ins kapitalistische und vor der Konstituierung des unabhängigen Sloweniens, zeichnete sich das stürmische politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche oder fachbezogene Geschehen auf dem Feld der Sozialarbeit in neuen Projekten ab, die einerseits, im Bereich des öffentlichen Dienstes, zu dem vor allem Sozialämter gehörten, von den Fachkräften dieser Einrichtungen bewirkt wurden, andererseits wurde die sog. Zivilgesellschaft gefestigt. In der zivilgesellschaftlichen Bewegung bildeten sich Ansätze freier zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen der Sozialarbeit, aus denen sich in den 90-er Jahren, nach der Änderung des Sozialfürsorgegesetzes (Kalcic 1996) und somit der Regelung der rechtlichen Position solcher Einrichtungen, eine Vielzahl von Vereinen, Selbsthilfegruppen, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen der Sozialarbeit gründete, die versuchten, das gesamte Tätigkeitsfeld der Sozialarbeit abzudecken. Nebenbei erschien es auch erforderlich, die Rolle und die Bedeutung der freiwilligen Arbeit neu zu definieren.

Im vorliegenden Beitrag konzentrieren wir uns auf das letzte Jahrzent, also auf die Zeit nach 1991, nach der Konstituierung Sloweniens und der Verabschiedung des Sozialfürsorgegesetzes im Jahre 1992.

Sozialarbeit im heutigen Slowenien

1. Ausbildung

Die zweijährige Höhere Fachschule für Sozialarbeit erweiterte 1993 das Studium auf vier Jahre und benannte sich in die Fachhochschule für Sozialarbeit um. Im Mai 2003 wurde sie schließlich zur Fakultät für Sozialarbeit, die als solche ein Magister- und Doktorstudium der Sozialarbeit ermöglicht.

Für den Begriff Sozialarbeitswissenschaft schlug Dr. Blaz Mesec eine Umbenennung in Boetik/ gr. Boetheia, Hilfe/ (Mesec 1990) vor. Über die Annahme dieser Umbenennung wird noch diskutiert (vgl. Lamovec 1998). Bei der Entwicklung der Sozialarbeitswissenschaft in Slowenien war man sich die ganze Zeit über der Notwendigkeit einer Universitätsausbildung der Sozialarbeiter/innen bewusst und hielt die berufliche Ausbildung auf dem Niveau einer Fachhochschule, nicht mehr für ausreichend (Mesec 1996, Rode 1996). Man „geht von der gegenwärtigen Auffassung aus, dass Sozialarbeit nicht nur ein Fach ist, das sich bei der praktischen Arbeit auf erfahrungsbezogene methodische Grundsätze stützt, sondern eine Wissenschaft über einen der Grundbereiche der gesellschaftlichen Praxis, das heißt über die Prozesse gegenseitiger Hilfe und die Solidarität in der Gessellschaft, sowohl über die formelle, organisierte Hilfe, wie auch über die unformelle, frei-

willige Hilfe für Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinschaften in Not und bei sozialen Problemen." (Mesec 1996: 371). Nur eine Universitätsausbildung ermöglicht ein Postdiplomstudium der Sozialarbeit, die wissenschaftliche Forschung, also eine Reflexion und somit eine reziproke Bereicherung der Tätigkeiten der Sozialarbeit als Praxis und die gleichwertige Einbeziehung der Sozialarbeiter/innen, also der Praktiker/innen, in die Ausbildung junger Fachkräfte. Fremde Beobachter (Ramon 1995) stellten sogar fest, dass die slowenischen Sozialarbeiter/innen ein größeres Interesse für die Theorie zeigten als die britischen. Sie bemerkten auch ein größeres Interesse für die Systemtheorie und die feministischen Ansätze. Mit dem holistischen systemischen Ansatz versuchen wir über den Dualismus Einzelperson – Gesellschaft, der bis dahin in der Geschichte der Sozialarbeit sowohl von dem traditionellen Modell als auch von dem reformistischen und radikalen Modell reproduziert wurde, hinauszugehen (Zavircek 1997a: 47, Stritih 1998: 160, Milosevic Arnold, Postrak 2003: 128 –144). Im letzten Jahrzehnt widmeten wir uns auch den konstruktivistischen Ansätzen, die eine größere Partizipation der Benutzer enthalten (Cacinovic Vogrincic 1998, Milosevic Arnold, Postrak 2003: 25). Auch dem Praktikum der StudentInnen, als einer Form der Ausbildung, schreiben wir eine große Bedeutung zu und beahandeln diese Fragen entsprechend theoretisch vertieft (Dragos 1996, Stritih 1995). Nebenbei bemühen wir uns auf der Fakultät für Sozialarbeit, auch in unserer Beziehung zu den StudentInnen die Grundsätze der Doktrin der Sozialarbeit zu verwirklichen: »Unsere Philosophie ist und bleibt, dass die Beziehungen zwischen Ausbildern und StudentInnen in der Schule für Sozialarbeiter ein Vorbild für die Beziehungen zwischen SozialarbeiterInnen und ihren KlientInnen sein sollen« (Mesec 1996: 336). Die Fakultät für Sozialarbeit hat sich in den 90er-Jahren an drei gemeinschaftlichen europäischen Projekten (Joint European Project) des TEMPUS Programms beteiligt. Sie koordinierte das Projekt Geistige Gesundheit in der Gemeinschaft, woraus sich auch mehrere Tätigkeiten in Slowenien entwickelten. Das zweite Projekt koordinierte die Hogeschool Nijmegen en Arnhem in Holland. Im Rahmen dieses Projekts hat die Fakultät für Sozialarbeit in drei Bereichen mitgewirkt: Management im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge, Supervision und soziale Kulturarbeit (Sugman Bohinc 1994, Postrak 1996). Das dritte Projekt des TEMPUS Programms unter dem Titel Sozialarbeit mit marginalisierten Familien wurde von der Hochschule für Sozialarbeit der Universität in Barcelona koordiniert. Außerdem arbeitet unsere Schule traditonell noch mit der Fachhochschule für Sozialarbeit in Dortmund, dem Augsburg Colledge in Minneapolis, Minessota und der Fachhochschule für Gesundheitswesen und Sozialarbeit in Umea, Schweden zusammen (vgl. Mesec 1996: 372-373).

Der Kern des Programms der Fakultät für Sozialarbeit besteht aus Fächern, die die Sozialarbeitswissenschaft begründen: Einführung in die Sozialarbeit, Theorien der Hilfe, persönliche Hilfe mit Beratung, soziale Kulturarbeit, Sozialarbeit mit der Familie, freiwillige Arbeit, Suchtarbeit/Suchthilfe, Gemeinwesenarbeit, Organisation und Verwaltung in der Sozialarbeit, Supervision in der Sozialarbeit, Sozialarbeit mit alten Menschen, Forschungsmethodologie mit Statistik, Sozialarbeit im Bereich der Frauenproblematik, Methoden der Sozialarbeit – Projektgruppen (Praktikum). Neben den sozialwissenschaftlichen Fächern, die den theoretischen Hintergrund der Sozialarbeit begründen (Canals 1995), gibt es im dritten und vierten Jahrgang noch Wahlbereiche: Sozialarbeit im Bereich der geistigen Gesundheit, Gemeinwesenfürsorge, Kybernetik der psychosozialen Hilfe, Sozialarbeit in Unternehmen und anderen Organisationen und Jugendsozialarbeit. Diese Wahlbereiche ermöglichen den StudentInnen, dass sie sich auf einzelne Aspekte der Sozialarbeit konzentrieren, gleichzeitig spiegeln sie den Schwerpunkt der heutigen Sozialarbeit in Slowenien wieder.

Zu erwähnen ist noch die angesehene Fachzeitschrift Sozialarbeit, in der Theoretiker und Praktiker der Sozialarbeit regelmäßig Beiträge veröffentlichen und in der eine ständige und fruchtbare Diskussion über alle Gesichtspunkte der Sozialarbeit stattfindet.

2. Tätigkeiten

Öffentlicher Sektor

Bis zu den gesellschaftspolitischen Veränderungen in Slowenien Ende der 80er und Anfang der 90er-Jahre, herrschte auf dem Gebiet der Sozialarbeit und der Sozialfürsorge der öffentliche Sektor vor. Dr. Erna Sailer, eine Expertin aus Österreich und Sachkundige der UNO, hat schon im Jahre 1956 vorgeschlagen, ein neues selbstständiges Amt für die Sozialfürsorge zu gründen, das schon bald den Namen Sozialamt annahm (Milosevic Arnold, Postrak 2003: 167). Sozialämter, von denen es in Slowenien über 60 gibt, sind selbstständige, staatliche, fachbezogene Institutionen der Sozialarbeit (Flaker 2003b), die nicht mit sozialen Dienststellen in anderen europäischen Ländern verglichen werden können. Sie verfügen über eine Reihe öffentlicher Vollmachten im Bereich der Familienfürsorge, der Kinder- und Jugendfürssorge und der Erwachsenenfürsorge (Kinderpflegewesen, Sorgerecht, die Regelung der Kontakte geschiedener Eltern zu ihren Kindern ua.). Eine weitere Institution von großer Bedeutung

für die Sozialarbeit ist die 1993 gegründete Sozialkammer, die nach dem Vorbild der Ärztekammer für das fachkompetente und ethische Handeln der Fachkräfte, die in der Sozialfürsorge tätig sind, sorgt. Sie führt öffentliche Vollmachten aus, wie z.B. die Supervision, die Fachausbildung und die Fortbildung von Fachkräften und anderen Mitarbeitern, sie verfolgt und beaufsichtigt das Referendariat und ist zuständig für Beschwerden über die sozialen Dienstleistungen von privaten Trägern (verschiedene Autoren 1998: 8-20). Dem Gesetz nach gehören unter anderem zu den Aufgaben der Sozialkammer die Kontrolle über das Einhalten des Kodex ethischer Grundsätze in der Sozialfürsorge, die Erstel-lung von Expertisen über die Er-teilung von Konzessionen für die Ausübung von Tätigkeiten im Bereich der Sozialfürsorge (ibid: 21-53). In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales hat die Sozialkammer Sloweniens eine Reihe von Diskussionen organisiert und war bei der Ausarbeitung des Nationalen Programms der Sozialfürsorge beteiligt (verschiedene Autoren 1999).

Zivilgesellschaft

Der gut organisierte öffentliche oder staatliche Sektor der Sozialfürsorge in Slowenien stellte eine eigenständige Form dessen dar, was man in Westeuropa als Sozialstaat bezeichnete. Trotzdem gab es in verschiedenen Bereichen Lücken, die in den 90-er Jahren von neuen Programmen öffentlicher Einrichtungen und Tätigkeiten der zu dieser Zeit enstandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgefüllt wurden. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen gab es offiziell bis zu dieser Zeit nicht. Ihr rechtsformaler Statuts konnte bis 1992, als das Gesetz über Vereine in Kraft trat, nicht geregelt werden. Einzelne Versuche und Ansätze zu einer Regelung gab es schon in den 70-er und besonders in den 80-er Jahren. Viele Projekte, die man auch als soziale Innovationen bezeichnen könnte, entstanden im Kreis der tätigen Fachkräfte in den Sozialämtern, die regelrechte Generatoren neuer Arbeitsweisen waren. Ein vielfältiges Angebot sozialer Dienste und mannigfaltige Hilfe gab es im Bereich der Sozialarbeit mit der Familie (Cacinovic Vogrincic 1996, 1998), wo man nebst des Tätigkeitsbereiches der Sozialämter, wenigstens noch die Beratungstelle fur Kinder, Jugendliche und Eltern erwähnen sollte. Im Bereich der Jugendsozialarbeit wurde eine Reihe von Erziehungsheimen gegründet, dazu kamen in den 80er und 90er-Jahren noch die Wohngemeinschaften für Jugendliche und mehrere andere Einrichtungen, von Krisenzentren bis zu verschiedenen Programmen nichtformaler Ausbildung und Vereinigungen Jugendlicher. In den Grundschulen wurden Sozialarbeiter/innen in die Beratungsarbeit miteinbezogen. Viele Neuerungen wurden in den Bereichen der Sozialarbeit und geistiger Gesundheit (Flaker, Urek Red. 1988; Flaker 1998; Zavirsek 1994, 1997b), der Sozialarbeit und Abhängigkeit (Stefanoski 1996, Ramovs 1997, Dekleva 1999, Flaker 1999, Flaker, Grebenc 1999), der Supervision und Intervision (Milosevic 1994, Milosevic Arnold 1998) und der Sozialarbeit mit Personen mit besonderen Bedürfnissen (Behinderten) (Skerjanc 1995, Zavirsek 2000) durchgeführt. Im Bereich der Sozialarbeit mit alten Menschen werden schon vielerorts die häusliche Versorgung und andere Formen von Altenhilfe außerhalb der institutionellen Fürsorge, also Altenheimen, geleistet. Prozentual gleicht die Anzahl der Bewohner dieser Einrichtungen der in anderen europäischen Ländern. Auf diesem Gebiet ist auch das Netz der Selbsthilfegruppen am verzweigtesten.

Im letzten Jahrzehnt beschäftigt man sich eingehend mit einer gründlichen fachlichen Behandlung von Gewalttätigkeit in der Familie, sexueller Nötigung, Rassismus (Zorn 2003), sozialer Ausgeschlossenheit und Armut (Zavirsek, Skerjanc 2000, Dragos, Leskosek 2003) usw. Nebenher wird in Fachkreisen auch eine ständige Diskussion über die Sprache der Sozialarbeit und terminologische Paradoxe geführt (Dragos 1997, Zavirsek 1997, Cacinovic Vogrincic 2003).

Im Rahmen der Sozialarbeit mit Suchtkranken, vor allem den Alkoholikern, wo inzwischen mehrere Clubs geheilter Alkoholiker tätig sind, entstanden schon in den 80-er Jahren die ersten Ansätze von Selbsthilfegruppen (vgl. Ramovs 1997). Selbsthilfegruppen wurden in den darauffolgenden Jahren, sowohl auf die Anregung öffentlicher Einrichtungen, vor allem der Sozialämter, wie der Zivilgesellschaften und auch aus Eigeninitiative, noch in anderen Bereichen organisiert, z.B. für alte Menschen, für Personen, die verschiedene Verluste erlitten haben, für Personen, die Probleme mit der geistigen Gesundheit haben etc. Im Rahmen der Sozialarbeit im Bereich der geistigen Gesundheit wurde schon 1988 der „Ausschuss zum gesellschaftlichen Schutz des Wahnsinns“ gegründet, der als gesellschaftliche Bewegung tätig war und die ersten zwei Wohngemeinschaften für Langzeitbenutzer psychiatrischer Einrichtungen gründete. 1994 entstand daraus der Ausschuss für Neuheiten in der geistigen Gesundheit – Altra (Flaker 1998, vgl. auch Zavirsek 1996: 3). In der Jugendsozialarbeit verlief, wie schon erwähnt, seit der zweiten Hälfte der 70-er Jahre der Prozess der Entinstitutionalisierung. Erziehungsheime haben für die Jugendlichen Wohngemeinschaften eingeführt. Seit 1995, als das erste Krisenzentrum für Kinder und Jugendliche, die sich zu einem gegebenen Zeitpunkt auf der Straße befanden, gegründet wurde, wurden noch mehrere der-

artige Zentren gegründet. Zwei Sozialämter in Ljubljana haben die Gründung zweier bedeutender Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, des Zentrums für Jugendhilfe und die Anstalt MISSS (Informations- und Beratungszentrum Sloweniens für Jugendliche), herbeigeführt. Auf dem Gebiet der Jugendsozialarbeit gibt es noch andere Einrichtungen wie z. B. Telefondienste für Kinder und Jugendliche in Not; Sozialarbeiter betätigen sich aber auch in Jugendclubs. Die Wohlfahrtsorganisation Karitas (Caritas), die auch in Slowenien eine jahrzehntelange Tradition hat, ist seit Ende der 80er Jahre wieder offiziell tätig. Ende der 80er und Anfang der 90er-Jahre gründete Karitas das erste Mutterheim für Mütter, die aus verschiedenen Gründen obdachlos waren. Ende 1996 wurde in Maribor das erste sichere Haus für misshandelte Frauen und Kinder gegründet. Derartige Häuser gibt es inzwischen noch in Ljubljana, Postojna und anderen Städten Sloweniens. Das war das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen autonomer Frauengruppen, die in den 80er-Jahren im Rahmen der damaligen neuen Gesellschaftsbewegungen in Slowenien entstanden sind. Die erste feministische Gruppe Lilit wurde 1984 gegründet. Erst Ende der 80er-Jahre wurden die feministischen Gruppen auch im Bereich der Sozialarbeit tätig. 1989 haben sie das erste SOS-Telefon für misshandelte Frauen und Kinder organisiert. Es hat unter anderem auch Selbsthilfegruppen und Frauencamps organisiert (Zavirsek 1996: 35)
Innerhalb der Zivilgesellschaft ist inzwischen eine fast unüberschaubare Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Vereine, Selbsthilfegruppen etc. tätig. Viele davon waren nur über einen begrenzten Zeitraum aktiv, andere wiederum entwickeln sich zu beständigeren zivilgesellschaftlichen und/oder freien Trägern.

Schlusswort

Der kurze Überblick über das aktuelle Geschehen auf dem Gebiet der Sozialarbeit in Slowenien im letzten Jahrzehnt kann nicht entsprechend abgeschlossen werden, denn das Geschehen ist immer noch sehr intensiv im Gange und birgt viele noch ungelöste Widersprüche. Dazu gehören z.B. die Unklarheit über die Zuständigkeiten der Sozialämter und das noch nicht gänzlich geklärte Verhältnis zwischen dem öffentlichen Sektor und anderen Bereichen. Sowohl die Theoretiker der Sozialarbeit, vorwiegend an der Fakultät für Sozialarbeit tätig, als auch SozialarbeiterInnen im öffentlichen oder zivilgesellschaftlichen Bereich, werden mit alltäglichen Herausforderungen konfrontiert, auf die mit neuen theoretischen Überlegungen und neuen Tätigkeiten reagiert wird.

P.S.: Weil die angegebenen Quellen in slowenischer Sprache sind, möchte ich erwähnen, dass den österreichischen LeserInnen die englische Publikation *Social Services in Europe* (Anheier, Kumar 2003) mit einem Beitrag von Dr. Vesna Leskosek hilfreich sein könnte.
Der vorliegende Beitrag enstand mit der wertvollen Hilfe von Dr. Blaz Mesec, Dr. Sreco Dragos, Vida Milosevic Arnold und aller im Literaturverzeichnis angeführten Personen.

Literaturverzeichnis

Anheier K. Helmut, Kumar Sarabajaya ed. (2003), Social Services in Europe, Annotated Bibliography, Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a. Main.
Canals Joseph (1995), Mesto antropologije v teoretskem ozadju socialnega dela, Socialno delo st. 2, Ljubljana.
Cacinovic Vogrincic Gabi (1996), Socialno delo z druzino (prispevek k doktrini), Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Cacinovic Vogrincic Gabi (1998), Socialno delo z dru?ino: prispevek konstruktivizma, Socialno delo st. 3-5, Ljubljana.
Cacinovic Vogrincic Gabi (2003), Jezik socialnega dela, Socialno delo st. 4-5, Ljubljana.
Dekleva Bojan (1999), Rekreativna uporaba drog, Socialno delo st. 4-6, Ljubljana.
Dragos Sreco (1994), Socialno delo - sistemski vidik I-III, Socialno delo, st. 2-4, Ljubljana.
Dragos Sreco (1995), Kako, Socialno delo st. 1, Ljubljana.
Dragos Sreco (1996), Teorija in praksa V?SD, Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Dragos Sreco (1997), Socialno delo in terminologija, Socialno delo 36, st. 4, Ljubljana.
Dragos Sreco, Leskosek Vesna (2003), Druzbena neenakost in socialni kapital, Mirovni institut, Institut za sodobne druzbene in politicne studije, Ljubljana.
Flaker Vito, Urek Mojca ur. (1988), Hrastovski anali za leto 1987, Drustvo »Odbor za druzbeno zascito norosti«, Ljubljana.
Flaker Vito (1996), Rojstvo totalne ustanove in racionalizacija dobrodelnosti v dobi razuma, Socialno delo st. 3, Ljubljana.
Flaker Vito (1998), Odpiranje norosti: Vzpon in padec totalnih ustanov, Zalozba *cf., Ljubljana.
Flaker Vito (1999), Druzbena konstrukcija kariere uzivalca drog, Socialno delo st 4-6, Ljubljana.
Flaker Vito, Grebenc Vera itd. (1999), Podobe uzivanja heroina v Sloveniji z vidika zmanjsevanja skode: preliminarno porocilo o raziskavi, Socialno delo st. 4-6, Ljubljana.
Flaker Vito (2003a), Temeljne in nujne spretnosti socialnega dela, Socialno delo st. 4-5, Ljubljana.
Flaker Vito (2003b), Oris metod socialnega dela, FSD, Skupnost centrov za socialno delo Slovenije, Ljubljana.
Kalcic Miran (1996), Socialna varnost: zbirka predpisov z uvodnimi pojasnili, Zavod Republike Slovenije za varstvo pri delu, Ljubljana.
Kuzmanic Korva Darja (2003), Strategija oblikovanja mreze pluralnih izvajalcev, Socialno delo st. 3, Ljubljana.
Lamovec Tanja (1998), O vedi, ki nima dovolj dobrega imena, Socialno delo st. 1, Ljubljana.
Leskosek Vesna (1998), Nova razmerja med drzavo in civilno druzbo, Socialno delo st 3-5, Ljubljana.
Mesec Blaz (1990), Nekaj opomb k specificnosti vede o socialnem delu, v: Milosevic Vida, Mesec Blaz, ur., Teoreticni koncepti socialnega dela in izobrazevanje; Izbrani referati 6. bienalnega seminarja Mednarodnega zdruzenja sol za socialno delo, Bled, 2.-4. 11. 1989, Socialno delo st. 1-2, Ljubljana.
Mesec Blaz (1994), »Dan na psihiatriji«: Primer kvalitativne analize, Socialno delo st. 6, Ljubljana.
Mesec Blaz (1996), Neskoncna ali samo dolga pot do celovitega sistema izobrazevanja za socialno delo?, Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Mesec Blaz (1998), Uvod v kvalitativno raziskovanje v socialnem delu, Visoka sola za socialno delo, Ljubljana.
Mesec Blaz (2000), Prispevek kvalitativnih metod k empiricnemu raziskovanju v socialnem delu, Socialno delo st. 1, Ljubljana.
Mesec Blaz (2003), Mikro, mezo, makro: Ekspanzija, integracija in specificnost socialnega dela, Socialno delo st. 4-5, Ljubljana.
Milosevic Vida (1994), Supervizija – metoda za profesionalce, Socialno delo st. 6, Ljubljana.
Milosevic-Arnold Vida (1998), Nekatere znacilnosti socialnega dela v Sloveniji (s poudarkom na javnem sektorju), Socialno delo st. 3-5, Ljubljana.
Milosevic Arnold Vida, Postrak Milko (2003), Uvod v socialno delo, studentska zalozba, Ljubljana.
Postrak Milko (1996), Socialno kulturno delo, Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Ramon Shulamit (1995), Slovensko socialno delo: Primer nepricakovanega razvoja v obdobju po letu 1990, Socialno delo st. 6, Ljubljana.
Ramovs Joze (1997), Ob smrti Vladimirja Hudolina, Socialno delo st. 1, Ljubljana.
Raposa Tajnsek Pavla (1996), Profesionalna identiteta socialnih delavk in delavcev in ugled socialnega dela v javnosti, Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Raposa Tajnsek Pavla (1998), Perspektive socialnega dela v delovnem okolju, Socialno delo st. 3-5, Ljubljana.
Rode Nino (1996), Od visje sole do visoke in naprej (kot to vidijo ucitelji na VSSD), Socialno delo st. 5, Ljubljana.
Rode Nino (1998), Razcep teorije in prakse?: Analiza clankov v reviji socialno delo, letnik 1995, Socialno delo st. 3-5, Ljubljana.
Sevenhuijsen Selma, Svab Alenka ur. (2003), Labirinti skrbi – Pomen perspektive etike skrbi za socialno politiko, Mirovni institut, Institut za sodobne druzbene in politicne Studije, Ljubljana.
Stefanoski Peter (1996), Socialno delo, ki akceptira uzivanje drog, Socialno delo st. 4, Ljubljana.
Stritih Bernard (1995), Prostovoljno delo kot prostor, v katerem se oblikujejo generativne teme, Socialno delo st. 1, Ljubljana.
Stritih Bernard (1996), Pogled na socialno delo v sedanjosti za prihodnost, socialno delo st. 5, Ljubljana.
Stritih Bernard (1998), Na poti k avtonomiji socialnega dela kot stroke in znanosti, Socialno delo st. 3-5, Ljubljana.
Skerjanc Jelka (1995), Proces samoorganiziranja ljudi s posebnimi potrebami, Socialno delo st. 6, Ljubljana.
Sugman Bohinc Lea (1994), Socialno kulturno delo, Socialno delo st. 4, Ljubljana.
Sugman Bohinc Lea (1996), Socialno delo – znanost?, Socialno delo st. 5, Ljubljana.

Dr. Milko Postrak wurde am 20. 10. 1960 in Maribor geboren. Er ist Dipl-Sozialarbeiter und Dipl.-Soziologe. Er arbeitet an der Fakultät für Sozialarbeit in Ljubljana. Er hält Vorlesungen über die Einführung in die Sozialarbeit, Einführung in die Jugendsozialarbeit und Soziale Kulturarbeit. Er beschäftigt sich mit Studien über die Jugend, Freizeit und Kultur.

Polen – Speed kills Solidarnosc

Mit Sieben-Meilen-Stiefeln eilt Warschau in die Europäische Union, hinterdrein hechelt und stolpert Polens Sozialsystem.

Ausgehend von der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren sowie nach der Überwindung der Vorherrschaft der KP in den 90ern des vorigen Jahrhunderts hat der größte Beitrittskandidat unter den neuen EU-Mitgliedsstaaten immense Anstrengungen unternommen, um im Beitrittsprozess vor allem den wirtschaftspolitischen Ansprüchen der Europäischen Union gerecht zu werden. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Budgetdisziplin bestimmen Tempo und Marschroute Richtung Brüssel. Go West - koste, was es wolle.

Das Gesicht der nEUen Armut

Die neoliberale Schocktherapie nach der Wende vervielfachte in Polen den Bedarf an Sozialarbeit. Der Rationalisierungsdruck in den - oft mithilfe westeuropäischen Kapitals - privatisierten Unternehmen ließ die Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen. Mit einer Arbeitslosenrate von 20 Prozent ist die Schlange vor Polens Arbeitsämtern rund 5 Mal so lang wie in Österreich. Rund 8 von 39 Millionen PolInnen leben selbst nach offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze - das polnische Wirtschaftswunder fordert seine Opfer. Vor allem für die Landbevölkerung bedeutete Polens Anpassung an die Marktwirtschaft westlicher Prägung eine signifikante Verschlechterung des Lebensstandards.

Im Gefolge neoliberaler Privatisierungspolitik brach auch der Wohnungsmarkt ein, das Zurückfahren des staatlichen Wohnbauprogramms generierte Obdachlosigkeit von bisher ungekanntem Ausmaß. Die auf staatliche Versorgungsleistungen angewiesenen PensionistInnen finden sich auf Märkten wieder, deren Produkte möglicherweise qualitativ besser, aber mit ihren wenigen Zloty kaum erschwinglicher als zuvor sind.

Die Latte hoch gelegt, damit alle drunter durch können ?

Jegliche Veränderung im Bereich Sozialarbeit in Polen fand im letzten Jahrzehnt im Spannungsfeld des materiellen, nicht zuletzt aber des mentalen Ist-Stands und der Vorgaben der Europäischen Union statt.
Dem Druck wurde in der neuen polnischen Sozialgesetzgebung des Jahres 1990 zu begegnen versucht, deren Grundzüge bereits den späteren Vorgaben der EU in den Beitrittsverhandlungen durchaus entsprechen.
Qualitativ wie auch quantitativ wurde die Leistungspalette des polnischen Sozialsystems zwar erweitert, aber aufgrund leerer Staatskassen blieb die Realisierung bislang weit hinter den gesetzlichen Vorgaben zurück.

Prof. Mirona Ogryzko-Wiewiorowska, Leiterin des Soziologieinstitutes der Universität Lublin, moniert in ihrem Artikel „Die Europäischen Standards in der Polnischen Realität“[1], dass in der letzten Dekade das polnische Sozialsystem zwar adaptiert, die Grundstruktur aber bei weitem nicht ausreichend verändert worden sei. Ein politisches Lippenbekenntnis – genug für die Beitrittsverhandler der Europäischen Union?

Ausgehend von gesamtstaatlicher Gesetzgebung war es natürlich eine schwierige Aufgabe, die Angebote auf lokaler Ebene verfügbar zu machen. Es galt vor allem, von einer starren, zentralistischen Versorgung mit rudimentären sozialen Hilfsangeboten hin zu einem subsidiären, von den Kommunen getragenen, breiteren und flexibleren Angebot an sozialarbeiterischen Dienstleistungen zu kommen.

Not macht erfinderisch

Ausgestattet mit dem gesetzlichen Auftrag, aber ohne die finanziellen Mittel zu dessen Umsetzung, ging die lokale Administration in den Städten und Gemeinden verständlicherweise sehr zögerlich ans Werk. Die klassischen Sozialhilfeleistungen werden in Polen nach wie vor weitestgehend von SachbearbeiterInnen verwaltet, denen sozialarbeiterische Handlungsgrundlagen fremd sind. Zu Recht fordern daher polnische ExpertInnen entsprechend fundierte Nachschulung und Aufstockung des Anteils sozialarbeiterischer ProfessionistInnen im staatlichen/staatsnahen Bereich.

Schon 2001 gibt es in Polen 45000 NGOs/NPOs, denen jedoch kaum eine Kooperation mit dem staatlichen Sozialhilfesystem möglich

war. Diese waren und sind es jedoch in erster Linie, die den Bedarf an einem erweiterten Angebot sozialer Arbeit auf lokaler Ebene aufzeigten und sich aktueller Problemstellungen (Drogen, HIV, Jugendarbeit, Rehabilitation, karitative Tätigkeiten, Hospizwesen, Bildung) annehmen. Die Menschen warten nicht mehr auf „Hilfe von oben“ - sie springen in die Bresche, wo der Staat sich aus seiner Verantwortung stiehlt.
Überwiegend agieren die NGOs/NPOs daher in Polen auf Basis von Stiftungen und mit Unterstützung von lokalen SponsorInnen. Erlöse aus karitativen Picknicks und Tombolas, öffentlichen Küchen, Spenden von ExilpolInnen und die unentgeltliche Mitarbeit vieler LaiInnen aus Pfarren, Schulen, Bürgerinitiativen ermöglichen vielerorts erst dringend notwendige soziale Basisversorgung.

Modernisierung auf eigene Kosten – ein Beispiel

Der durch Gesetzesreformen des Jahres 1991 im Bereich der Jugendwohlfahrt erweiterte Handlungsspielraum für die Sozialarbeit wurde entsprechend zu nutzen versucht.
Der Wunsch, sich etwa im stationären Bereich vom „isolierten Kinderverwaltungs- und Versorgungsheim“ alter Prägung hin zu einer modernen, mulitfunktionalen und im Gemeinwesen integrierten Kinder- und Jugendbetreuungsstelle zu entwickeln, führte zu einer vermehrten Selbstausbeutung der SozialarbeiterInnen.
Häufig in ihrer Freizeit organisieren die MitarbeiterInnen jene Angebote, die etwa das „Dom Dziecka“ in Lublin so attraktiv machen, dass Kinder und Jugendliche aus zwar intakten, aber armen Familien in die Heimeinrichtung drängen.
Zurecht befürchtet der Direktor des „Dom Dziecka“[2], dass seinem – aufgrund budgetärer Knappheit ohnehin bereits um ein Drittel reduzierten MitarbeiterInnenstab – langsam der Atem ausgeht. Auch er versucht durch die verstärkte Einbindung von lokalen Ehrenamtlichen und Pflegefamilien den Standard der bereits erzielten Fortschritte zu halten.

Solidarität auf tönernen Füßen

Der nüchterne Schluss: An der Schwelle zum Beitritt zur EU findet professionelle Sozialarbeit in Polen noch keine hinreichende finanzielle und organisatorische Absicherung. Nur Zyniker könnten die aus der Not geborene Solidarisierung der polnischen BürgerInnen als beispielhaft für die Übernahme sozialer Eigenverantwortung einer „neuen Zivilgesellschaft“ im neoliberalen Sinne bezeichnen.
Wenn Polen am 1.Mai 2004 der Europäischen Union beitritt, wird der Wettbewerb wohl härter, das gesellschaftspolitische Klima über kurz oder lang rauer.
Es bleibt zu hoffen, dass jene polnischen BürgerInnen, die durch ihr soziales Engagement derzeit einen Gutteil der Last tragen, sich nicht zurückziehen, weil ihnen das Hemd verständlicherweise näher als der Rock ist.
Der vergleichsweise geringen Zahl professioneller SozialarbeiterInnen in Polen droht in diesem Szenario eine wichtige Stütze für ihre Tätigkeit wegzubrechen.
Dass ein erheischter Wirtschaftsaufschwung nach dem Beitritt oder das Füllhorn aus Brüssel dieses sozialpolitische Vakuum wettmachen könnte, ist wohl frommes Wunschdenken der Politik.

[1] Aus „Europejskie standardy w polskich realiach - Z doswiadczen praktyków,“ Instytut Socjologii WFiS UMCS, Lublin 2003

[2] loc.cit.

DSA Manfred Tauchner, seit 1995 bei Verein Neustart, internationale Beziehungen durch div. Aktivitäten.

bezahlte Anzeige

Fachtagung 2004 des Vereins Pflege- und Adoptiveltern OÖ.

Vortrag
Die Bedeutung der Herkunft für die Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsfindung –
Impulse für die Gestaltung von Pflegebeziehungen
Zeit: 11. März 2004, 19.00 – 22.00 Uhr, Ort: Volkshaus Dornach-Auhof, Niedermayrweg 7, 4040 Linz - Urfahr **Kosten: € 8,00**

2 Workshops jeweils zum selben Thema:
Pflegekinder – getrennt und doch gebunden: Kindliche Sicherheit und Bindungsaspekte bei der Unterbringung und Beziehungsgestaltung
Zeit: 12. März 2004, 9.00 – 13.00 Uhr und 15.00 bis 18.00 Uhr – Workshop 1
13. März 2004, 9.00 – 13.00 Uhr und 15.00 bis 18.00 Uhr – Workshop 2
Ort: Hotel Kolping, Gesellenhausstr. 5, 4020 Linz **Kosten: € 55,00**

Referent: Dr. Hermann Scheuerer-Englisch, Leiter der Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstelle Regensburg; Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Familientherapeut, Supervisor

Für die Workshops ist Anmeldung nötig. Kolleg/innen aus anderen Bundesländern können nach Maßgabe freier Plätze teilnehmen. Nähere Information bei: Pflege- und Adoptiveltern OÖ, Stockhofstr. 9/1, 4020 Linz, Telefon: 0732/60 66 65-0, Mail: office@peae-ooe.at

Tschechien – Stärkung der nationalen Drogenpolitik

ein PHARE Twinning Projekt mit der Tschechischen Republik

Rahmenbedingungen des Projekts

Die Twinning Projekte im PHARE Programm der Europäischen Kommission zielen auf die Unterstützung der EU-Beitrittskandidaten bei der Heranführung an EU-Standards ("aquis communautaire"). Das dargestellte Projekt „Strengthening National Policy to Combat Illicit Drugs" befasste sich mit der Weiterentwicklung der Grundlagen der tschechischen Drogenpolitik. Die Tschechische Republik wählte Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, als Projektpartner. Die Verantwortung für die Umsetzung des Projekts lag beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG), das diesbezüglich eng mit dem Sekretariat der nationalen Drogenkommission in Prag kooperiert, das auch den tschechischen Projektleiter stellte.

Das Projekt hatte sehr gute Ausgangsbedingungen, da Drogenpolitik in Tschechien bereits seit vielen Jahren einen großen Stellenwert hatte und aus diesem Grund bereits vor Projektbeginn ein hoher Standard gegeben war: „National Drug Policy Strategy 2001 - 2004" als dritte nationale Drogenstrategie in Folge, Sekretariat der nationalen Drogenkommission als etablierte und erfahrene Drogenkoordinationsstelle, sowie hohe Professionalität in der Drogenforschung und vielen Bereichen der Nachfragereduktion.

Es gab aber auch eine Reihe von Herausforderungen. Der tschechische Focal Point zur Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen- und Drogensucht (EBDD) musste aufgebaut werden, der durch eine Verwaltungsreform neu geschaffene Föderalismus in Form von 14 Regionen erforderte Anpassungen der Koordinationsstrukturen im Drogenbereich und in einigen Bereichen der drogenspezifischen Nachfragereduktion war eine Professionalisierung erforderlich. Im Einklang mit diesen Ausgangsbedingungen wurden in Abstimmung der tschechischen und österreichischen Partner die Projektschwerpunkte definiert.

Das Projekt bestand aus drei inhaltlich unterschiedenen Komponenten: Teil 1 befasste sich mit dem Aufbau des nationalen Focal Points und der Weiterentwicklung des tschechischen Monitoringsystems, Teil 2 konzentrierte sich auf die Verbesserung der horizontalen und vertikalen Koordination der Drogenpolitik und Teil 3 widmete sich Qualitätsverbesserungen in Hinblick auf gesundheitspolitische Maßnahmen im Drogenbereich. Umgesetzt wurde das Projekt unter Einschluss von 25 internationalen Experten und fast 200 tschechischen Experten, die in insgesamt 19 Task Forces tätig waren. Das „Twinning-Prinzip" wurde bei der Implementierung auf allen Ebenen beibehalten: die Leitung des Projekts, der drei Komponenten und der 14 Task Forces oblag jeweils einem/er tschechischen und einem/-er internationalen Experten/-in gemeinsam. Die laufende Koordination vor Ort wurde durch die in Prag tätige österreichische Heranführungsberaterin (Nina Acker-Lasetzky) sichergestellt. Neben den Aktivitäten in Tschechien (Arbeitssitzungen, Trainings etc.) gab es auch eine Reihe von Studienbesuchen nach Österreich, um einen breiten Erfahrungsaustausch zu fördern und österreichische Modellprojekte vor Ort darstellen zu können.

Zentrale Ergebnisse des Projekts

Im Zuge der tschechisch-österreichischen Kooperation gelang es, einen voll funktionsfähigen tschechischen Focal Point (NFP) zu etablieren, der als nationales Zentrum des Monitorings der Drogensituation in der tschechischen Republik dient. Der NFP ist beim Sekretariat der nationalen Drogenkommission eingerichet, in das REITOX-Netzwerk der EBDD integriert und in der Lage, alle Anforderungen der EU-Drogenagentur zu erfüllen. Alle verfügbaren drogenspezifischen Daten und Informationen werden zentral am NFP gesammelt. Auf dieser Grundlage können Anfragen von Entscheidungsträgern wie Fachleuten aus dem Drogenbereich beantwortet und somit eine auf Fakten basierende Drogenpolitik gefördert werden. Weiters gelang es, eine enge Kooperation zwischen dem NFP und einem im Polizeibereich eingerichteten „Supply Reduction Focal Point" zu etablieren. Dies ermöglicht ein erweitertes und vertiefendes Verständnis der komplexen Problemlagen im Zusammenhang mit Drogen. Als Schlüsselinstrumente für das laufende Monitoring der epidemiologischen Situation wurden am NFP angesiedelte Datenbanken aufgebaut. Die entwickelte Website - **www.drogy-info.cz/english** - erlaubt darüber hinaus sowohl Fachleuten als auch der Öffentlichkeit einen einfachen Zugang zu drogenspezifischen Daten und Informationen und unterstützt die öffentliche Präsenz des NFP. Die erreichten Fortschritte sind auch in einem Assessment Report der

EBDD des Jahres 2002 reflektiert: Der tschechische NFP wird als der am weitesten entwickelte aller Kandidatenländer angeführt und das nationale Drogenmonitoringsystem als über den Durchschnitt vieler EU-Mitgliedsländer eingeschätzt.
Die Koordination der Drogenpolitik wurde auf regionaler wie zentraler Ebene verbessert. Es wurde eine enge Kooperation auf allen Ebenen der interministeriellen und regionalen Vernetzung etabliert bzw. gestärkt und damit sowohl die Ministerien als auch die Regionen bei der Wahrnehmung neuer Aufgaben auf Basis der ab Jänner 2002 umgesetzten Verwaltungsreform unterstützt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei dem Training und der Unterstützung der neu eingesetzten regionalen DrogenkoordinatorenInnen gewidmet, um sicherzustellen, dass diese so bald wie möglich ihre Aufgaben erfüllen können. Tschechische und österreichische ExpertenInnen haben weiters ein neues Finanzierungsmodell im Bereich Drogenpolitik entwickelt, dessen Schwerpunkt auf geeigneten Mechanismen und Strukturen des dezentralisierten Mittelflusses zur Finanzierung der regionalen Pläne für Prävention und Behandlung lag. Ergänzend wurden noch maßgeschneiderte Trainings zur Evaluation von Drogenpolitik durchgeführt, im Rahmen derer auch ein Set an Evaluationsinstrumenten erarbeitet wurde, das zur Förderung der Standards im tschechischen Drogenhilfesystem beitragen soll.

Foto der Abschlusskonferenz (von links): Manfred Ruschak, Nina Acker-Lasetzky, Sabine Haas, Victor Mravcik, Tomás Zábransky

In Bezug auf gesundheitspolitische Maßnahmen zur drogenspezifischen Nachfragereduktion konnten relevante Qualitätsverbesserungen erreicht werden. Es wurden Trainingsprogramme mit Curricula für Schlüsselpersonen der Primärprävention (regionale KoordinatorenInnen für schulische Prävention, Präventionsinstitutionen), der Substitutionsbehandlung (SozialarbeiterInnen, (niedergelassene) ÄrzteInnen, Krankenpflegepersonal, PsychologenInnen, PsychiaterInnen, der Betreuung im Strafvollzug (Gesundheitspersonal, SozialarbeiterInnen, BewährungshelferInnen) sowie im Polizeibereich (uniformierte Polizei und „community police“) entwickelt. Für alle vier Bereiche wurden weiters Modelle für die längerfristige Umsetzung der Trainingsprogramme erarbeitet und den EU-Standards entsprechende Manuals und Materialien erstellt. Um die Implementierung der tschechischen Drogenstrategie 2001 - 2004 zu unterstützen, wurden weiters Trainings zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien für die regionalen DrogenkoordinatorenInnen und VertreterInnen relevanter Ministerien durchgeführt. Wichtige Fortschritte konnten in Hinblick auf ein geplantes einheitliches Akkreditierungssystem für Drogeneinrichtungen erzielt werden, das die derzeit unterschiedlichen Anforderungen und Systeme des Gesundheitsministeriums und des Sozialministeriums zusammenführen soll.
In der Abschlussphase des Projekts wurde besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit der Ergebnisse gelegt. Im Zuge der Evaluationsphase wurden daher auch Empfehlungen in Hinblick auf die längerfristige Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erarbeitet. Beides - Ergebnisse wie Empfehlungen - wurde im Rahmen einer Abschlusskonferenz vorgestellt und mit einem großen Kreis von Schlüsselpersonen und Fachleuten des Drogenbereichs in der Tschechischen Republik diskutiert. Die Chancen für die nachhaltige Nutzung der Projektergebnisse können als sehr gut eingeschätzt werden. Die Identifikation der involvierten tschechischen ExpertenInnen war hoch, die Verankerung der entwickelten Maßnahmen in tschechischen Institutionen gelungen und die politische Unterstützung vorhanden. So betonte der zuständige Minister, Petr Mares, Vizepremier der Tschechischen Republik, bei der Pressekonferenz zu Projektende die volle Unterstützung der tschechischen Regierung in Hinblick auf die Weiterführung und -entwicklung der erarbeiteten Maßnahmen.

Sabine Haas: Soziologin, seit 1995 am ÖBIG tätig, Koordinatorin des Arbeitsbereichs Drogen und des am ÖBIG eingerichteten österreichischen REITOX Focal Point der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), österreichische Leiterin des PHARE Twinning Projekts „Strengthening National Policy to Combat Illicit Drugs” mit der Tschechischen Republik

Rumänien – Von der Hilfe zum Überleben zur Hilfe zum Leben

Sozialstation Wetschehaus/Rumänien

Mit dem Zusammenbruch der Ceausescu Diktatur in Rumänien wurde das unvorstellbare Elend im Land auch im Ausland sichtbar und löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Aus der Nothilfe wurden tragfähige Partnerschaften zwischen Caritasorganisationen in Österreich und Rumänien.

Die Burgenländische Caritas betreibt gemeinsam mit der Caritas Temesvar die Sozialstation Wetschehaus – hier geht es um Hilfe für ein ganzes Dorf.

Ausgangspunkt des Projektes waren die furchtbaren Zustände, unter denen Kinder in Spitälern und staatlichen Heimen untergebracht waren. Kinder, die von ihren Eltern aus den unterschiedlichsten Gründen im Spital zurückgelassen wurden, mussten bis zum dritten Lebensjahr im Spital bleiben – erst dann wurden sie in andere Betreuungseinrichtungen gebracht. Die Folge war die vollkommene Hospitalisierung dieser Kinder.

Organisch gesunde Zweijährige, die nicht in der Lage waren, aufrecht zu sitzen oder feste Nahrung zu sich nehmen. Kinder, die ihre ersten Lebensjahre kein einziges Mal im Freien waren.

Initiatoren des Projektes waren Elfriede Schweifer, eine Caritas-Mitarbeiterin und frühere Kindergärtnerin, die darüber hinaus bereits Erfahrungen in der Behinderten- und Flüchtlingsarbeit gesammelt hatte und der Eisenstädter Kinderarzt Dr. Peter Wagentristl.
Beiden war es ein Anliegen, die Kinder möglichst früh aus den lebensbehindernden Bedingungen der Krankenhäuser zu befreien und unter möglichst familienähnlichen Bedingungen unterzubringen.
Geworden ist aus dieser Initiative die Sozialstation Wetschehaus. Es handelt sich um Hilfe für Kinder und mittlerweile um Hilfe für ein ganzes Dorf.

Waisenhaus: Im Mittelpunkt des Caritas-Hilfsprojektes steht das Waisenhaus. 16 Kleinkinder im Alter von 1 bis 6 Jahren leben derzeit hier und bekommen die Chance auf einen neuen Start ins Leben. Die Kinder werden im Waisenhaus, einem umgebauten Pfarrhof, von Frauen aus dem Ort betreut. Geleitet wird das Projekt von Elfriede Schweifer, die mittlerweile in Rumänien wohnt. Für die MitarbeiterInnen wurden in Zusammenarbeit mit der Kinderabteilung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt Fortbildungen durchgeführt. Die ärztliche Betreuung gewährleistet nach wie vor Dr. Wagentristl, der auch in Kontakt mit den lokalen Ärzten steht.

Ausspeisung für Menschen in Not:
Von der Sozialstation aus werden täglich rund 73 alte, kranke und behinderte Menschen mit einer warmen Mahlzeit und Brot ver-

sorgt. Notleidende Familien werden mit Milch und Brot unterstützt. Rund 125.000 Wecken Brot und 38.000 Liter Milch sind es im Jahr. Die Milch bezieht die Sozialstation von kleinen Landwirten in Wetschehaus und auch die Eier. Dadurch zahlt es sich für die Menschen wieder aus, Kühe und Hühner zu halten. Das Brot bäckt ein junger Bäcker im Nachbarort, der sich gerade eine neue Existenz aufbaut.

43 Schulkinder aus sozial schwachen Familien erhalten ein Mittagessen in der Schule. 104 Kinder werden am Nachmittag bei der Hausübung betreut und bekommen zur Jause Milch und Brot (wird von Deutscher Hilfsorganisation finanziert). Die Maßnahme hat zu einem spürbaren Anstieg des Lernerfolges der Kinder geführt. Für viele Kinder ist es erstmals möglich, berufsausbildende Angebote in Anspruch zu nehmen.

Familiengruppe in Wetschehaus: Gemeinsam mit einer deutschen Hilfsorganisation hat die Caritas ein altes Haus in Wetschehaus ausgebaut und erweitert. Im Haus Elisabeth leben derzeit 8 Kinder. Es sind zum Teil Kinder, die nach dem 6. Lebensjahr vom Waisenhaus in das Haus Elisabeth übersiedelt sind.

Auch einen Raum und Geräte für die Zahnärztin hat Elfriede Schweifer organisiert. Und mit Hilfe von Spenden aus dem Burgenland konnten die **verrosteten Öfen in der staatlichen Schule** durch neue Öfen ersetzt werden.

Partnerschaft, die wirkt:
Die Eröffnung des Projektes fand am 17. Nov. 1993 durch Diözesanbischof Iby und Bischof Kräuter von Temesvar statt.

Von zentraler Bedeutung für den Erfolg des Projektes ist die Kooperation mit der Caritas Temesvar. Diese ist Projektträger und auch für die administrative Abwicklung mit den rumänischen Behörden zuständig. Ohne diese Fach- und Lokalkenntnis hätten die vielfachen Anfangshürden nicht überwunden werden können. Mittlerweile gibt es ein konstruktives Verhältnis zu den rumänischen Behörden. Das Projekt in Wetschehaus wird von den offiziellen Stellen gern als Herzeigeprojekt verwendet.

Die Sozialstation Wetschehaus wurde ursprünglich ausschließlich mit Spenden aus dem Burgenland finanziert.Mittlerweile gibt es auch eine staatliche Unterstützung. Diese deckt ungefähr ein Drittel des Gesamtaufwandes.

Für die EU ist die Situation der Kinder in rumänischen Spitälern und staatlichen Heimen von zentraler Bedeutung. Die Verbesserung der Lebenssituation dieser Kinder ist eine der Bedingungen für die Aufnahme in die Union.

Caritas-Hilfe in Osteuropa kann den Menschen Zukunft und Hoffnung geben. Hilfe ist wie ein Stein, der im Wasser immer weitere Kreise zieht. Das zeigt die Erfahrung der Caritas Eisenstadt in Rumänien. Deshalb stärkt die Caritas Eisenstadt besonders die dörflichen Strukturen und die örtliche Caritas. Hilfe zur Selbsthilfe wird so im zusammenwachsenden Europa täglich Wirklichkeit.

Wetschehaus: rund 680 km von Eisenstadt entfernt im Nordwesten Rumäniens, auf rumänisch Pietroasa Mare, rd. 920 Einwohner, im Ort leben mehrere Volksgruppen – Rumänen, Einwanderer aus der Ukraine, Roma und Deutsche; es gibt im Ort keine Geschäfte und Betriebe, die Caritas Sozialstation ist einzige Arbeitgeberin im Ort; es arbeiten 21 Frauen und ein Mann in der Sozialstation – sie können mit diesem Einkommen ihre Familien mit insgesamt 52 Kindern erhalten und so selbstständig leben.

Rumänien: 22,55 Mio. Einwohner, Fläche – 238.391 km2, Bevölkerung: 89,1 % Rumänen, 8,2 % Ungarn, 1,8 % Roma, 0,5 % Deutsche; Lebensmittelkosten waren im Jahr 2000 um 500mal höher als 1990; die Realeinkommen sind seit 1989 um über 40 % gesunken, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch; Strom, Holz und Medikamente werden immer teurer.

Spendenkonto:
Raiffeisenlandesbank,
Kto. Nr. 1.000.652,
Kennwort „Wetschehaus“

DSA Christoph Petrik-Schweifer
in Eisenstadt geboren
1984 Matura an der HTL Mödling
1984-85 Zivildienst in der Pfarre Jennersdorf (Betreuung alleinstehender alter Menschen, Jugend- und Kinderbetreuung)
1987 Abschluss der Akademie für Sozialarbeit
1987 - 91: Diözesansekretär der Katholischen Jungschar Burgenland
1990 - 94 (ehrenamtlicher) Vorsitzender der Katholischen Jungschar Österreichs
1992 - 93 Sozialarbeit im Bereich obdachloser Familien
Seit 1994 Caritas der Diözese Eisenstadt,
Seit 1.1.1995 Direktor

verheiratet, 3 Kinder

Soziale Arbeit als Disziplin und Profession

Eine Replik auf den Beitrag von Univ-Prof. Dr. Popp in SiÖ 2/03

Soziale Arbeit ist bereits eine Profession, die sich von anderen Berufen (ÄrztInnen, PsychologInnen, JuristInnen etc.) klar unterscheidet: sie befasst sich mit der Beschreibung, Erklärung und Lösung von sozialen Problemen von Menschen in der Gesellschaft. Dabei gibt es bereits Ansätze sozialarbeiterischer (handlungs)theoretischer Bestimmung und des darauf basierenden Methodenspektrums.

Mit diesem Beitrag will ich Stellung zu diesen Thesen nehmen, da es dabei meines Erachtens um für die Soziale Arbeit und ihre Etablierung als eine vollwertige Profession ganz wichtige Fragen geht, deren Beantwortung die künftige Entwicklung der österreichischen Sozialen Arbeit ganz maßgeblich beeinflussen wird.

Zunächst zu der Ausgangsthese von Herrn Univ.-Prof. Dr. Popp, dass die „unterentwickelte Qualität" des sozialen Dienstleistungssektors sich an der Bezeichnung „Non-Profit-Sektor" festmachen lasse und dass diese mit dem Terminus „SOCIAL-Profit" zu ersetzen sei.

Sicherlich trägt die Bezeichnung „Non-Profit" nicht dem entscheidenden Unterschied zwischen profitorientierten Organisationen und dem sozialen Sektor Rechnung. Diese Differenz besteht nämlich darin, dass privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen *Gewinnmaximierung* in den Vordergrund stellen, während soziale Einrichtungen der Sozialen Arbeit eine *Missionserfüllung* zum Zweck haben (vgl. Espy 1993). Was mit der Bezeichnung „SOCIAL-Profit" hervorgehoben wäre, ist der funktionale Nutzen der Sozialen Arbeit für die Gesellschaft. Aber nicht nur die Soziale Arbeit hat ihren gesellschaftlichen Nutzen zu legitimieren und - wie es zunehmend verlangt wird - ihre Wirtschaftlichkeit unter Beweis zu stellen, sondern auch die Wirtschaft ihre *Sozialverträglichkeit* nachzuweisen, so dass auch klassische gewinnorientierte Unternehmen SOCIAL-Profit orientiert agieren können und müssen! Dies hat übrigens bereits Anfang des 20. Jahrhunderts eine der einflussreichsten SozialarbeitstheoretikerInnen Jane Addams – Mitbegründerin der Chicagoschule der Soziologie, Gründerin der Universitätsniederlassung „Hull House" in Chicago und Friedensnobelpreisträgerin von 1931 – gefordert. Sie betonte, dass: „...die Industrie bestimmten Tests sozialer Effizienz unterworfen sein sollte und sich an bestimmte Standards öffentlicher Gesundheit und Sicherheit messen sollte..." (Addams 1922; zitiert aus Staub-Bernasconi 2001, 7).

Betrachtet man die neuesten Entwicklungen in der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, wird klar, dass die Bedeutung der sozialen Verträglichkeit von Wirtschaftsunternehmen zunehmend erkannt und – insbesondere bei modernen Organisationen - als ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensstrategie betrachtet wird (vgl. z.B. Semler 1995).

Die Akzentuierung der *gesellschaftlichen Funktion* der Sozialen Arbeit, die mit der von Herr Univ.-Prof. Dr. Popp vorgeschlagenen Bezeichnung von Social-Profit vorgenommen werden soll, darf jedoch nicht vor der Klärung der Frage nach dem *Gegenstand Sozialer Arbeit* vorgenommen werden. Andernfalls begibt man sich in die *funktionalistische Bestimmung* der Sozialen Arbeit – wie das in der sozialarbeiterischen Anwendung der Systemtheorie Niklas Luhmanns der Fall ist (z.B. Bommes & Scherr 2000). Vor der Frage nach Funktion Sozialer Arbeit in der Gesellschaft ist vielmehr zu untersuchen, welchen *Gegenstand* Soziale Arbeit hat. Dem Vorschlag von Staub-Bernasconi (1995, 105ff.) folgend sind das soziale Probleme, die im Zusammenhang mit Aspekten der Ausstattung von Individuen, ihren Austauschformen und ihren Mitgliedschaften in sozialen - u. a. funktional differenzierten Systemen - zu analysieren sind. Dabei ist die Frage nach versagten Bedürfnissen, selbst- und fremdschädigendem Verhalten wie nach den Regeln nicht menschengerechter sozialer Systeme zu stellen. Beides ist Gegenstand Sozialer Arbeit. Aus beidem leitet sicht eine Funktionsbestimmung Sozialer Arbeit ab: Soziale Probleme ihrer Klientel zu mindern, zu lösen oder Bedingungen für deren Lösung zu schaffen.

Gerade die Handlungstheorie von Staub-Bernasconi vermag wie keine andere die Profilierung Sozialer Arbeit als Disziplin und Profession zu unterstützen. Es sei damit nicht gesagt, dass andere theoretische Entwürfe nicht konkurrenzfähig wären. Jedoch gibt es meines Wissens keine andere Handlungstheorie, die die Komplexität des Sozialen so umfassend beschreibt, erklärt und handlungsrelevant macht. Der Vorwurf, diese Theorie „blendet sozialpädagogisch und beziehungstheoretische Aspekte weitgehend aus und ersetzt *theoriegeleitetes* Erklärungs-

und Handlungswissen vielfach durch tendenziell moralisierende und berufspolitische Argumentation“ (Popp 2003, 15) ist nicht haltbar, da laut Staub-Bernasconi (2002) das sozialarbeiterische professionelle Handeln *wissenschaftlich und (berufs)ethisch* begründet wird. Folglich müssen die Professionellen die Schlüsselkompetenz besitzen, das theoretische Beschreibungs- und Erklärungswissen mittels eines Transformationsprozesses in das Handlungswissen umzuwandeln (Staub-Bernasconi 2002).

Erstaunlicherweise findet sich das von Staub-Bernasconi vertretene Verständnis der Sozialen Arbeit in der Definition der Sozialen Arbeit wieder, die von der International Federation of Social Workers (IFSW) im Jahre 2000 in Montreal verabschiedet wurde und von allen Mitgliedsorganisationen – auch vom Österreichischen Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen – mitgetragen wird. Dabei hatte Silvia Staub-Bernasconi nach eigener Aussage (mündliche Mitteilung im Dezember 2001) bei der Ausarbeitung der Definition nicht mitgewirkt. Diese Definition liest sich wie folgt:

Soziale Arbeit als Beruf fördert den sozialen Wandel und die Lösung von Problemen in zwischenmenschlichen Beziehungen, und sie befähigt die Menschen, in freier Entscheidung ihr Leben besser zu gestalten.
Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und soziale Systeme greift soziale Arbeit dort ein, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Interaktion treten.
Grundlagen der Sozialen Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit.

Betrachtet man dieses Verständnis von Sozialer Arbeit genauer, wird deutlich, dass die Hauptfunktion unseres Berufs im Lösen von (sozialen) Problemen besteht, wobei SozialarbeiterInnen nicht nur aufgrund von jeweils geltenden Gesetzen und Normen entscheiden und handeln, sondern Entscheidungen auch nach den wissenschaftsbasierenden Theorien sowie in Kooperation mit ihrer Klientel treffen, wenn notwendig auch gegen die Normen (vgl. die diesbezüglichen Kriterien des United Nations-Manual über Menschrechte [1992]). D.h. die SozialarbeiterInnen sind wie keine anderen Professionellen für den sozialen Wandel, *social change*, in der Gesellschaft mitverantwortlich und können diese Rolle nicht mit dem bloßen Hinweis ablegen, diese Funktion der Sozialen Arbeit sei in modernen demokratischen Gesellschaften westlichen Typus nicht notwendig.

Als eine (handlungs)wissenschaftliche Grundlage der Sozialen Arbeit können laut der obigen IFSW-Definition Systemtheorien gesehen werden, wobei auch da zwischen tendenziell konservativen konstruktivistisch-funktionalistischen und objektivierbaren ontologischen Ansätzen zu unterscheiden ist (vgl. Klassen 2003).

In Bezug auf die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit wird in der modernen Sozialwissenschaft die Verbindung zwischen der ethischen Theorie und der Ontologie hergestellt, da der Ursprung von jedem Wert in bestimmten (universellen) Bedürfnissen oder (individuellen) Wünschen zu suchen ist. Wertkonflikte sind auf unvereinbare Werte und knappe Ressourcen zurückzuführen. Alle moralischen Prinzipien lassen sich laut dem kanadischem Natur-, Sozialwissenschaftler und Philosophen Mario Bunge, dessen systemtheoretischen Ansatz Staub-Bernasconi in der Sozialen Arbeit anwendet, in einer moralischen Maxime zusammenfassen: „Erfreue Dich des Lebens und verhilf anderen, sich des Lebens zu erfreuen!“ (Bunge 1989, 218; vgl. auch 1998). Er ist der Auffassung, dass Moral eine reale Welt mit konkreten richtigen und falschen Handlungen betrifft, obgleich nur wenige Werte objektiv sind, jedoch die Existenz von moralischen Gefühlen und Intuitionen nicht subjektiver Natur ist. Ethik ist für die Wissenschaft und für Professionen (professionelle ethische Codes) von immanenter Wichtigkeit.

Zusammenfassung

Legt man die Definition von der Internation. Federation of Social Workers (IFSW) der Beantwortung der Frage nach eigenständiger Professionalität Sozialer Arbeit zugrunde, wird deutlich, dass Soziale Arbeit sich von anderen Berufen durch die Beschreibung, Erklärung und Lösung von Sozialen Problemen klar unterscheidet. Dabei muss das sozialarbeiterische professionelle Handeln wissenschaftlich und (berufs)ethisch begründet werden. Die Handlungstheorie von Silvia Staub-Bernasconi bietet beides: wissenschaftliche Grundlage durch den Bezug auf die ontologische Systemtheorie von Mario Bunge und Rekurs auf die international anerkannten ethischen Berufsprinzipien der Sozialen Arbeit.

Literatur:

Bommes, M., Scherr, A. (2000). Soziologie der Sozialen Arbeit, Juventa: Weiniheim.

Bunge, M. (1989). *Ethics. The Good and the Right. Vol. 8 of Treatise on Basic Philosophy*. Dordrecht: Reidel.

Bunge, M. (1998). Social Science Under Debate: A Philosophical Perspective. Montreal: University of Toronto Press.

Espy, S.N. (1993). Marketing Strategies for Nonprofit Organizations, Lyceum Books: Chicago.

Klassen, M. (2003/2004). Was leisten Systemtheorien in der Sozialen Arbeit?
Ein Vergleich der systemischen Ansätze von Niklas Luhmann und Mario Bunge und deren sozialar-

beiterischen Anwendung, Haupt: Bern.

Popp, R. (2003). Soziale Arbeit auf dem Weg zur Profession, In: *Sozialarbeit in Österreich* 02/2003 (S. 15-16).

Semler, R. (1995). Das Semco System. Management ohne Manager. Das neue revolutionäre Führungsmodell, Heyne: München.

Staub-Bernasconi, S. (1995). Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international – Oder: Vom Ende der Bescheidenheit, Haupt: Bern.

Staub, Bernasconi, S. (2001). Professionalität und Qualität in der Betrieblichen Sozialarbeit, In: *Human Resource Management*, Tagungsdokumentation, Bundesfachverband Betriebliche Sozialarbeit e.V.: Erkner (S. 3 - 23).

Staub-Bernasconi, S. (2002). Vom transdisziplinären wissenschaftlichen Bezugswissen zum professionellen Handlungswissen am Beispiel der Empowerment-Diskussion. In: Hochschule für Soziale Arbeit Zürich (Ed.): *Themen der Sozialarbeitswissenschaft und ihre transdisziplinäre Verknüpfung* (S. 34-47), Fachtagung vom 5. März 2002, Zürich: Hochschule für Soziale Arbeit.

United Nations (1992). *Human Rights. Teaching and Learning about Human Rights. A Manual for Schools of Social Work and the Social Work Profession*. A publication of the U. N. Centre for Human Rights in cooperation with the Intern. Federation of Social Workers and the Intern. Association of Schools of Social Work, New York.

Autorangaben:
Dr. phil. Michael Klassen, Dipl.-Sozialarbeiter (FH/DE), Master of Social Work (USA), Studiengangsleiter des FH-Studiums „Soziale Arbeit“ am Management Center Innsbruck seit 01.09.2003, studierte Soziale Arbeit in Deutschland und in den USA, promovierte über den Vergleich der Systemtheorien in der Sozialen Arbeit bei Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasoni. Er verfügt über zahlreiche berufliche Erfahrungen als Kinderheimerzieher in Russland, Streetsocialworker und Jugendamtsmitarbeiter sowie Softwareentwickler für Soziale Arbeit in Deutschland und Allocation Manager bei der größten Fundraising-Agentur in den USA. Diese praktischen Erfahrungen wurden von ihm als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Lehrbeauftragter an der FH Koblenz wissenschaftlich aufgearbeitet.

Anmerkungen zu einer Wunschliste

Reinhold **Popps** Beitrag im SIÖ-2 lesend, reizte es mich, sofort eine Replik zu schreiben. Schließlich brachte der Autor doch einige Argumente, denen ich nur zustimmen kann: Wir sind auch an der FH in St. Pölten dazu übergegangen, von „Social Profit Organisationen“ zu sprechen. Der Kritik an der Überbewertung der Staub-Bernasconi´schen Theoriearbeit kann ich mich anschließen. Und der seltsame Glaube, es ginge um das Finden „der“ einen und einzigen Theorie der Sozialarbeit, die ihr dann Aufstieg und Wissenschaftlichkeit sichere, ist wahrlich naiv und verkennt, wie wissenschaftliche Diskussion funktioniert. Und Sozialarbeitsforschung benötigen wir mehr und auf höherem Niveau, keine Frage. Also was bereitete mir dann Unbehagen?

Naja, da missfiel mir der Gestus, dass Sozialarbeit halt leider keine ordentliche Profession sei, erst einmal eine Reihe von Hausaufgaben zu machen hätte – die alle erst recht nach Entwicklung „der“ Sozialarbeitstheorie, „der“ Handlungswissenschaft klingen. So, als hätten die letzten hundert Jahre nicht stattgefunden, wären nicht Bibliotheken und viele Zeitschriftenjahrgänge vollgeschrieben worden mit Reflexionen über Sozialarbeit. Zugegeben nicht immer auf höchstem Niveau und nur ein kleiner Teil der AutorInnen wollte ein allumfassendes Theoriegebäude errichten. Auch die von **Popp** angeführten „Kristallisationspunkte“ sozialarbeiterischer Theoriebildung wurden aus unterschiedlichsten Gesichtspunkten schon behandelt. **Popp** kennt die Literatur. Wieso also ein Forderungsprogramm formulieren? Dass über diese Fragen weiterhin viel (wissenschaftlich) nachzudenken ist, bestreitet ohnehin niemand. Die lange Liste der „Reflexionsebenen“ ähnelt dann einem Lehrplan für einen Sozialarbeitsstudiengang – und ist wohl auch einer. Auch hier nichts, was frisch erfunden werden müsste.

Erst dann wird´s klarer, worum es **Popp** zu gehen scheint: Es sei die Pädagogik, die die Sozialarbeit begründe und weiterentwickle.

Wem will er das sagen? So als ob Hans Thiersch, Bernd Dewe, C. Wolfgang Müller und andere PädagogInnen, die viel für die Entwicklung der Sozialen Arbeit und der theoretischen Reflexion über sie geleistet haben, nicht geachtet, ihre Beiträge überlesen würden. Als ob, was von außerhalb der Pädagogik komme, nicht erwähnenswert sei. Als ob die anderen Nachbarwissenschaften, wie zum Beispiel die Soziologie, Psychologie usw. nur minder bedeutende Beiträge zum Verständnis der Sozialarbeit geleistet hätten.

Mein Vorschlag: Lassen wir die Kuh auf der Weide. Die wichtigsten praktischen Fragen für die Sozialarbeit sind m.E.,
1) ob sie ihre Arbeit aufgrund eigener Entscheidungen organisieren kann oder den Weisungen anderer, „echter", Professionen zu folgen hat. Die Praxis zeigt ziemlich deutlich, dass die Eigenständigkeit nötig ist, um das Potenzial der Sozialarbeit zur Geltung zu bringen.
2) ob sie die Kultur anspruchsvollen Nachdenkens und Nachforschens über ihre Aufgaben und ihre Tätigkeit weiterentwickelt. Dafür ist viel zu tun (zum Beispiel eine regere Publikationstätigkeit in Österreich).

Und was die von **Popp** gewünschte Kanonisierung sozialarbeiterischer Methodik betrifft: Die halte ich schlicht für entbehrlich. Sozialarbeit definiert sich durch Fallbezug, durch den Bezug auf „soziale Probleme" und durch die Aufgabe der Unterstützung und sozialer Inklusion – und das auf den verschiedenen Handlungsebenen und in den verschiedenen Handlungsfeldern. Die Methoden und Techniken, die sie verwendet, sind vielfältig und „gehören" ihr nicht. In ihrem Kern steht das Wissen um die Eigendynamik und Eigenproblematik organisierter Hilfsprozesse inklusive deren Beziehungsdynamik. Eine erschöpfende Beschreibung des Arsenals ist weder nötig, noch wäre sie hilfreich. Die pragmatische Offenheit der Sozialarbeit braucht – auch wissenschaftliche und theoretische – Reflexion, aber keine taxativen Aufzählungen.

Zum Abschluss noch ein Einwand, und zwar ein verärgerter: Was bitte soll das sein, eine „theoriegeleitete Praxis"? Neuerdings begegnet uns dieses Wortgespenst öfter. Es gehört zum Arsenal der Defizitfeststeller. Die Praxis sei erst dann was Ordentliches und die Profession eine Profession, wenn die Theorie der Praxis vorschreibe, was sie zu tun habe. Diese Vorstellung verkennt sowohl das Wesen professioneller Praxis, als auch Wesen und Nutzen von Theorien. In Praxis und Wissenschaft herrschen verschiedene Kriterien. Theorien können nützlich sein, aber die Beziehung zwischen Praxis und Theorie ist immer und muss immer eine distanzierte und dialogische sein. Es kann weder die Praxis der Theorie, noch die Theorie der Praxis direkt sagen, was zu tun ist. Was die professionelle Praxis benötigt, ist Zugang zum akkumulierten beruflichen Erfahrungswissen, das von manchen gerne als „vorwissenschaftlich" denunziert wird. Die Forderung nach „theoriegeleiteter" Praxis erinnert mich fatal an den Marxismus-Leninismus seligen Angedenkens: Dort war von „wissenschaftlicher Politik" die Rede – und Schematismus die Folge. Dies lässt mich auch skeptisch sein, wenn von einer angeblich dringend nötigen Handlungstheorie die Rede ist. Sozialarbeiterisches Handeln als fallbezogenes problemlösendes Handeln bearbeitet genau jene sozialen Problemlagen und Konflikte, bei denen die schematische Vorgehensweise politisch initiierter Programme einer schöpferischen situationsbezogenen Interpretation und Realisierung bedarf. Sie ist pragmatisch im besten Sinne – gerade das halte ich für ihre Stärke. Dass dieser Pragmatismus kein naiver, sondern ein informierter sein muss, das sei unbestritten. Aber kein sozialarbeiterisches Handeln wird je gelingen, das - durch welche Handlungstheorie auch immer - voll determiniert wäre. Es war keineswegs nur vorwissenschaftliche Dummheit, die die Methodikerinnen der „klassischen" Periode über den Anteil der „Kunst" in der Praxis der Sozialarbeit diskutieren ließ.

Man könnte auch sagen, dass das Lamento, die Sozialarbeit benötige zu ihrer Professionswerdung dringend eine Handlungstheorie, in gewissem Sinne selbst unwissenschaftlich ist. Es ignoriert nämlich die Erfolgsgeschichte der Sozialarbeit, die Summe der Empirie einer manchmal besser, manchmal schlechter, alles in allem aber offensichtlich funktionierenden und nützlichen sozialarbeiterischen Praxis weltweit. Das soll uns allerdings nicht daran hindern, an den vielen theoretischen und wissenschaftlichen Fragen zu arbeiten, die noch zu klären sind, um Sozialarbeit in einer veränderten Welt als innovative und wirksame Kraft zu positionieren. Es wird sogar vermehrte Anstrengung nötig sein, um die spezifische Qualität der Sozialarbeit gegen die aus dem Umbau des Sozialwesens kommenden Versuche, sie stromlinienförmig zu gestalten, zu bewahren und auszubauen.

Ich nehme an, der von mir sonst sehr geschätzte Kollege **Popp** hat das alles so nicht gemeint. Meinetwegen also: Schwamm drüber. Und jetzt bauen wir an der Entwicklung von Forschung und Theorie der Sozialen Arbeit in Österreich. PädagogInnen sind gerne eingeladen, mitzubauen. Aber – I´m sorry, die Disziplinentwicklung wird sich nicht (nur) unter dem Dach der Pädagogik abspielen, da bin ich sicher.

Mag. Peter Pantucek
Diplomsozialarbeiter,
Soziologe, Supervisor (VS)
Professor, stv.
Studiengangsleiter Sozialarbeit
St. Pölten University
of Applied Science
+43-676-613 6713

Mit 1.Jänner 2004 tritt das Zivilrechts-Mediationsgesetz in Kraft

Seit Kain und Abel werden Konflikte auf unterschiedlichste Weise gelöst: Man erschlägt den anderen, zieht vor Gericht, rauft sich irgendwie zusammen oder- und das ist ab 1.4.2004 gesetzlich geregelt - nimmt Mediation in Anspruch. MediatorInnen sind damit aufgerufen, ihre unternehmerischen Qualitäten unter Beweis zu stellen und die Mediationsfälle an Land zu ziehen, wie nachstehendes Beispiel beweist.

Happy end in der Aktiengesellschaft

Der Unternehmensplan war super, die Aktiengesellschaft schnell gegründet. Der Start fuminal. Die Kunden standen Schlange, das erste Geschäftsjahr ein Bombenerfolg. Übersehen wurde, dass in den Gesellschaftsstatuten die Bombe tickte. Sie detonierte bei der ersten Hauptversammlung, wo alle Aktionäre (Stamm- und Vorzugsaktionäre) versammelt waren. Aufgrund eines Satzungsfehlers waren plötzlich statt nur weniger Stammaktionäre alle Aktionäre stimmberechtigt. Die Tagesordnung konnte nicht umgesetzt werden, der Vorstand zerstritt sich, der Aufsichtsrat hatte unvorhergesehene Haftungsprobleme, ein Vorstand wurde gekündigt, ein Arbeitsgerichtsprozess eingeleitet und eine Sonderprüfung der AG bei Gericht beantragt.

Das weitere Geschäftsjahr war von Streitereien und Anwalts- und Gerichtsterminen gekennzeichnet, was sich so unerwartet auf den Geschäftserfolg auswirkte, dass dieses Geschäftsjahr im krassen Gegensatz zum ersten stand. Nach insgesamt 3 Jahren waren 2 Gerichtsprozesse in der II. Instanz, 1 Gerichtsprozess wurde vom OGH an die I. Instanz zurückverwiesen. Die Anwaltkosten betrugen auf beiden Seiten zwischen 31.000,- und 35000,- Euro, als ein Mediator zum Einsatz kam.

Die Kooperationsbereitschaft der Streitteile herzustellen, dauerte genau 27 Stunden. Die juristischen Voraussetzungen, um die Gerichtsprozesse ruhen zu lassen und die Nachteile abzusichern, wurden in Einzelgesprächen mit den Beteiligten samt Anwälten geklärt und nahmen jeweils 4 Stunden pro Beteiligten in Anspruch. Alle Punkte wurden mit der Hilfe der Anwälte im Mediationskontrakt schriftlich formuliert, um dann mit der eigentlichen Mediation beginnen zu können.

Ein Kreativphase war notwendig und die vielen Besprechungs- und Regelungspunkte zu thematisieren, bis die Interessen und die dahinter liegenden Bedürfnisse erarbeitet werden konnten. Neben dem gemeinsamen Interesse der Gewinnmaximierung waren noch Führungsansprüche, Geschäftspläne, Umgangsstile und Öffentlichkeitsarbeit große Themen.

Nach 3 Monaten, wobei in Abständen zu 2 Wochen tageweise gearbeitet wurde und zwischen den Mediationssitzungen bereits einzelne Vereinbarungen auf ihre Praxistauglichkeit geprüft wurden, war die Endvereinbarung fertig. Besonders hilfreich haben sich die Anwälte der Beteiligten erwiesen, die mit hoher juristischer Beratungskompetenz ihren Klienten beistanden.

Kein Happy End aber ein gutes

Nicht immer steht am Ende der Mediation ein Happy End. Besonders deutlich wird dies bei der Scheidungsmediation. Ihr Ziel ist nicht, dass die Eheleute wieder zusammen finden. Das wäre Aufgabe einer Paarberatung oder -therapie. Bei einem unlösbaren Ehekonflikt können aber ähnlich wie vor Gericht die Scheidungsfolgen, was Kinder, Vermögen und ähnliches betrifft, geregelt werden. Der Unterschied zur Auseinandersetzung im Gerichtssaal liegt jedoch darin, dass bei Gericht die Entscheidung durch den Richter erfolgt, in der Mediation indessen durch die Konfliktbeteiligten selbst. Während sich die Regelung bei Gericht am Gesetz orientiert, orientiert sich die Mediation an den zukünftigen Interessen der Beteiligten.

Mediationsgesetz NEU

Mit 1. 1. 2004 tritt das Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZivMediatG) in Kraft. Ab 1.Mai 2004 können sich die Mediatoren in eine Liste beim BmfJ eintragen lassen und genießen dann einen umfassenden Berufsschutz. Die Rechte und Pflichten der Mediatoren werden ebenso geregelt, wie die Vorteile der Klienten gegenüber dem gerichtlichen Verfahren. Für bisher ausgebildete Mediatoren gibt es eine Übergangsregelung bis 30.12.2004. Wer eine Mediationsausbildung in der Dauer von 200 Stunden absolviert hat, gilt im Sinne des ZivMediatG als fachlich qualifiziert.

Neu ist auch, dass die Ausbildungsstellen vom BMfJ zertifiziert werden müssen. Als eines der wenigen Ausbildungsinstitute, deren TrainerInnen bereits seit 1995 internationale Mediationslehrgänge durchführen, ist das Institut MIT,Mediation Identitätsentwicklung Training in Linz, Hauptstraße 44 zu nennen. (www.mit-linz.at). Die Mediatoren des MIT sind nicht nur anerkannte Mediationsexperten mit langjähriger Erfahrung, sondern geben ihr Wissen auch weiter. Die exquisite

und langjährige Mediations- und Trainingserfahrung hat auch dazu geführt, dass MIT österreichweit den ersten Lehrgang für politische Mediatoren durchgeführt hat. Ab Februar 2004 wird die Ausbildung in Kooperation mit der Politischen Akademie in Wien durchgeführt. (Folderbeilage)

Mag. Wolfgang Vovsik, Gründer und erster Vorsitzender des ÖBM (Österr. Bundesverbandes der Mediatoren) , Leiter des Institut MIT:

Mediation lebt vom Vertrauen und der Kooperation der Konfliktbeteiligten. Sie ist daher nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Grundbedingungen erfüllt sind. So muss die Mediation freiwillig erfolgen, genügend Verhandlungsanreize bieten, und die Parteien müssen willens sein, sich an das Mediationsergebnis zu binden. Das setzt die Einsicht voraus, dass eine Seite nicht auf Kosten der anderen gewinnen kann, sondern beide Seiten sich von der Durchführung des Mediationsverfahrens einen Gewinn erhoffen dürfen.

www.mit-linz.at,
mail: office@mit-linz.at

LESERBRIEF

„Streetwork ist Soziale Arbeit !“

Völlig unverständlich und berufspolitisch - im Sinne der Sozialarbeit/Sozialpädagogik - sehr riskant scheint uns die Aussage von Lothar Jochade in dem an sich guten Artikel im letzten SIÖ: „Streetwork im ländlichen Raum“, dass der Autor nämlich von den Bestrebungen des Berufsverbandes (hier unsere erste Frage: Welches Berufsverbandes?, dem OBDS? – der Landesgruppe Oberösterreich?), „das Arbeitsfeld Streetwork auf SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen zu beschränken“ wenig hält.

Hierzu einige Bemerkungen:
In dem wahrscheinlich bis dato besten Methodenbuch der letzten Jahrzehnte von Michael Galluske „Methoden der Sozialarbeit“ wird „Streetwork“ eindeutig als Handlungsfeld der Sozialarbeit/Sozialen Arbeit definiert und es stellt sich die Frage in welchen anderen Ausbildungszusammenhängen als auf Sozialakademien und Fachhochschulen für Soziale Arbeit das Wort „Streetwork“ (zumindest gilt dies für Österreich) im Curriculum überhaupt vorkommt. Auch ist sozialarbeitswissenschaftlich heute geklärt, dass Soziale Arbeit die beiden Berufsgruppen der SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen beschreibt.
Meines Erachtens sind andere klassische akademische Ausbildungen rein wissenschaftlicher Art und haben zunächst im Sinne einer Berufsausbildung für klassische Handlungsfelder der Sozialen Arbeit lediglich marginale Bedeutung. (Thema Bezugswissenschaften)
Lothar Rochade bemerkt in seinem Artikel auch die „Bereicherung“ durch die Vielfalt der Ausbildungen im Bereich Streetwork. In Wahrheit sieht es in der Praxis Sozialer Arbeit – und dies leider nicht nur in der von Streetwork - doch so aus, dass in der Sozialarbeit jeder/jede vermeintlich alles kann und in der Regel niemand sagen kann warum wer welche Tätigkeiten/Interventionen macht. Dies ist in anderen wirtschaftlichen Handlungsfeldern/Produktionsfeldern nur bei niedrigsten (von den Ausbildungsanforderungen her gesehen) Arbeiten der Fall.
Fachlich korrekte Muliprofessionalität würde aus unserer Sicht dann bestehen, wenn klar ist, für welche Interventionen welche Berufsgruppe vorrangig Handlungs- und Wissenskompetenz hat. In diesem Zusammenhang (Multiprofessionalität) gibt es im Sozialbereich offensichtlich noch erhöhten Bedarf an fachlicher Diskussion und Klärung.
Die berufspolitische Tendenz ‚Streetwork als von der Sozialarbeit/Sozialpädagogik völlig unabhängig zu organisieren, ist aus unserer Sicht eine mittlere berufspolitische Katastrophe und ist dem Ziel der Erreichung eines Berufsgesetzes für Sozialarbeit sehr abträglich.
In der Stadt Salzburg konnte jedenfalls erreicht werden, dass aufsuchende SozialarbeiterInnen durchgängig Diplomierte SozialarbeiterInnen sind. Selbstverständlich sind andere Berufsgruppen (in supervisorischen Zusammenhängen z.B. und auch im Beratungsbereich) vernetzt mit Streetwork tätig. Diese VertreterInnen anderer Berufsgruppen sind aber keine StreetworkerInnen oder aufsuchende SozialarbeiterInnen.
Ein Weg in die richtige Richtung? – Hoffentlich !

(DSA Hans Peter Radauer)
f.d.Vorstand

Landesgruppe Salzburg
Wolf-Dietrichstraße 6a
5020 Salzburg
email : radauer.peter@aon.at

Gut behandelt? Auch im „Zeitalter“ der Kombi-Therapie kämpfen HIV-Betroffene nach wie vor mit Vorurteilen.

Das Wichtigste zur Behandlung von HIV („Kombi-Therapie“, „HAART“)

Alle bereits zugelassenen Medikamente funktionieren nach dem Prinzip: Vermehrung von HIV in Wirtszellen (Immunzellen) blockieren. In kontrollierten Studien werden derzeit Substanzen ge-prüft, die schon das Eindringen von HIV in die Zelle verhindern sollen.

Drei Hauptgruppen von Medikamenten gibt es: NRTIs (Nukleosid-Reverse-Transkriptase-Hemmer), NNRTIs (Nicht-Nukleosid-Reverse-Transkriptase-Hemmer), PIs (Protease-Hemmer).

Zu seiner Vermehrung benötigt HIV zwei Eiweißstoffe (Reverse Transkriptase = RT, Protease = P). Diese werden in den von HIV bevorzugt befallenen Immunzellen (T4-Helferzellen) gebildet. Im Zuge seiner Vermehrung mithilfe dieser Wirtszellen zerstört HIV diese, das Immunsystem wird langsam, aber sicher geschwächt.
Durch die medikamentöse Hemmung von RT und Protease ist dieser Prozess blockiert, das Immunsystem kann sich wieder erholen. Dies funktioniert aber nur zeitlich begrenzt, da HIV sehr „mutationsfreudig“ ist und resistente Stämme bilden kann.
Entscheidende Rollen bei der Wirksamkeit spielen zudem: die individuelle Verträglichkeit, das genaue Befolgen der Einnahmevorschriften und mögliche Wechselwirkungen mit anderen, notwendigen Medikamenten oder auch Drogen.

HIV in Zahlen. Verbreitung weltweit und in Österreich.

Zahlen von der Organisation UNAIDS bis Ende 2002: geschätzte 42 Millionen Betroffene weltweit, davon 29,4 Mio. in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara (70 Prozent!).
3,2 Mio. von den 42 Mio. sind unter 15 Jahre alt. Geschätzte 5 Mio. haben sich allein 2002 neu infiziert.

In Österreich haben sich 2002 knapp 500 Personen neu angesteckt (der höchste Neuinfektionsstand seit 1997). Knapp 1000 Menschen sind bereits im Erkrankungsstadium; ca. 6.300 Personen sind HIV-positiv, eine zusätzliche Dunkelziffer von 5000 – 7000 wird angenommen.
In Österreich sind seit 1983 1.323 Menschen an den Folgen von Aids verstorben.

Die Aidshilfen in Österreich

Die 7 Aidshilfen in Österreich stehen Betroffenen mit vielen Angeboten zur Verfügung, ebenso aber auch allen, die sich zum Thema informieren, fortbilden oder beraten lassen wollen. Zudem bieten die Aidshilfen anonyme Testungen auf HIV an, einige Aidshilfen auch Hepatitis B- und C-Tests. Ein zentrales Arbeitsfeld ist Prävention und Aufklärung, z.B. an Schulen, und in vielen anderen Bereichen wie etwa sozialen und medizinischen Berufen, Justizvollzug, Bundesheer, MigranntInnen. Darüber hinaus setzen die verschiedenen Aidshilfen noch spezielle Projektschwerpunkte und öffentliche Aktionen (z.B. zum Weltaidstag am 1. Dezember).

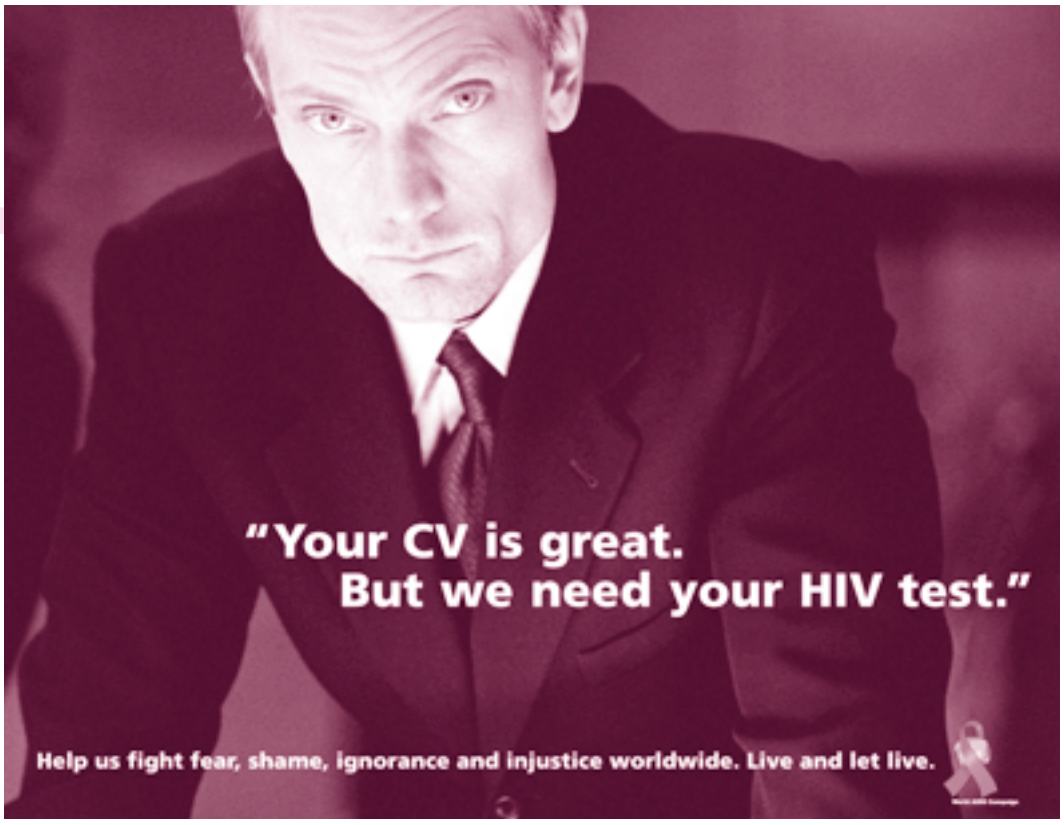
Steirische AIDS-Hilfe, 8010 Graz, Schmiedg. 38/1, Tel. 0316/815050
*AIDS*HILFE OBERÖSTERREICH, 4020 Linz, Langg. 12, Tel. 0732/2170
AIDS-Hilfe Tirol, 6020 Innsbruck, Kaiser-Josef-Str. 13, Tel. 0512/563621
aidsHilfe Kärnten, 9020 Klagenfurt, Bahnhofstr. 22/1, Tel. 0463/55128
Aidshilfe Salzburg, 5020 Salzburg, Gabelsbergerstr. 20, Tel. 0662/881488
AIDS-Hilfe Vorarlberg, 6900 Bregenz, Neug. 5, Tel. 05574/46526
Aids Hilfe Wien, 1060 Wien, Mariahilfer Gürtel 4, Tel. 01/59937

Interview mit „Fritz“:

Wann hast du von deiner Infektion erfahren? 1998, als ich wegen einer Thrombose in Behandlung war. Da hab ich dann auch noch gearbeitet, Saisonjobs im Gastgewerbe bis 2001.
Und danach? Seit 2001 bin ich in Frühpension, in dem Jahr hab ich auch mit der Behandlung gegen HIV angefangen.

Wie geht's dir mit der Kombi-Therapie – verträgst du sie? Also, ich will ja nicht behaupten, ein Musterpatient zu sein: Aber ich kann mich nicht beklagen, ich hatte kaum Nebenwirkungen und vertrage sie sehr gut. Man muss sich eben grundsätzlich entscheiden: Mach ich die Therapie – dann aber auch wirklich konsequent und nach den Einnahmeregeln; oder mach ich's nicht, halbe Sachen bringen da nichts.

Nimmst du jetzt noch dieselbe Kombination von Medikamenten



wie zu Anfang? Nein, ich musste dreimal wechseln, weil sich die ersten Kombinationen nicht mit meinen anderen Medikamenten, die ich wegen Gerinnungsproblemen nehme, vertragen haben.
Zur Zeit nehme ich 3 Tabletten täglich gegen HIV, verteilt auf zweimal. Einmal davon muß ich sie zusammen mit Essen nehmen. Frühere Kombinationen waren komplizierter, da musste ich z.B. Tabletten im Kühlschrank aufbewahren. Aber die Behandlung bringt wirklich viel, ich musste in den letzten 2 Jahren kein einziges Mal mehr stationär ins Krankenhaus, nur ambulant zu Kontrollen.

In Bezug auf dein Arbeitsleben: Hattest du da Schwierigkeiten wegen deiner HIV-Infektion? Ja. Ich hab früher in der gehobenen Gastronomie gearbeitet, und mich dann, als ich von meiner Infektion wusste, noch mal in einem „Durchschnittsbetrieb" beworben, die wussten auch von meiner Infektion. Der Chef sagte damals, das sei kein Problem, er müsse sich nur noch mit den anderen im Betrieb besprechen. Dann haben sie mich von hier nach da geschickt und immer wieder vertröstet, bis dann schlussendlich das „Nein" kam. Die schwache Ausrede: „Wenn jemand von den Gästen das zu Ohren kommt, bleiben die weg". Das war schon hart.

Was ist in deinen Augen die Hauptbelastung für einen HIV-Positiven? Diese Gratwanderung, die grundsätzliche Entscheidung, ob man's lieber verdrängt, so tut als hätte man's nicht – oder ob man sich damit offen auseinandersetzt und überlegt, wie geh ich damit um in meinem Leben. Wenn du's verdrängst, wirst du ja doch irgendwann krank und kannst es ohnehin nicht mehr leugnen.
Ich gehe offen damit um – privat hab ich damit keine schlechten Erfahrungen, 90 Prozent meines Freundeskreises akzeptieren mich wie vorher.
Was das Arbeitsleben betrifft, hab ich allerdings den Eindruck, dass man da als HIV-infizierter Mensch unerwünscht ist. Für mich gehört zur Auseinandersetzung mit der Infektion aber, dass ich offen und ehrlich damit umgehe, es ist Teil meines Lebens, man denkt ja selbst jeden Tag dran. Ich möchte kein Versteckspiel in meiner Umgebung spielen müssen.

Was wünschst du dir – für dich und andere Betroffene? In erster Linie: Heilungsmöglichkeit. Gesellschaftlich denke ich, dass die Engstirnigen irgendwann aussterben werden, weil immer breitere Schichten von HIV betroffen sind. Es ist ja längst bekannt, dass es nicht bloß Junkies oder Schwule treffen kann.

Was können Leute in sozialen Berufen deiner Meinung nach zu einer Bewusstseinsänderung beitragen? Tja, vielleicht: Das Bewusstsein darüber fördern, dass es eben jeden treffen kann; sich und anderen klar machen, dass es durch alle gesellschaftlichen und sozialen Schichten geht.

Zum Schluss: Was für einen Namen möchtest du für das Interview? Ach, schreib „Hetero, männlich, 38 Jahre", das genügt...

Dr. Michaela Wöss, Psychologin, Mitarbeiterin der Aidshilfe Salzburg in den Bereichen Prävention und Beratung; Psychotherapeutin in freier Praxis.

Eine Sozialpolitikerin aus Leidenschaft – die SPÖ-Abgeordnete zum Bundesrat und Sozialarbeiterin Anna Schlaffer im Gespräch

SIÖ: ***Warum haben Sie sich nach der Matura für die Ausbildung als Sozialarbeiterin entschieden ?***

Schlaffer: Eigentlich wollte ich an die Akademie der Bildenden Künste nach Graz. Dort konnte ich aber nicht hin, weil meine Eltern kein Geld hatten und es damals noch keine Beihilfen gab. Es war ein absoluter Zufall, der mich damals auf die Sozialakademie geführt hat.

SIÖ: ***Bereuen Sie diesen Schritt ?***

Schlaffer: Nein, sicher nicht. Im Nachhinein denke ich, dass alles im Leben einen Sinn hat und offenbar wusste ich damals nicht, dass ich die richtige Berufswahl getroffen habe.

SIÖ: ***Was hat Sie bewegt, sich politisch zu engagieren ?***

Schlaffer: Ich komme aus einer sehr armen Familie, mein Großvater, bei dem ich aufgewachsen bin, war noch ein klassischer Wanderarbeiter, der von der Hand im Mund gelebt hat. Ich habe diese Armut erlebt und wusste, dass es dafür auch politische Gründe gibt. Das Engagement für jene, die sich nicht in der Gesellschaft artikulieren können, war für mich irgendwann selbstverständlich, wobei mein Ansatz der Sozialarbeit ein sehr politischer ist. Die Verbindung Sozialarbeit und Politik gehört für mich zusammen.

SIÖ: ***Wie wurden Sie als Sozialarbeiterin in der politischen Welt aufgenommen?***

Schlaffer: Ich wurde öfters belächelt, oft musste ich auch an jene Worte von Eva Kreisky im Jahr 1980 denken, die uns damals gesagt hat: „Die Sozialarbeiter haben es schwer, weil sie auf der Müllhalde der Menschheit arbeiten.“ Im Laufe meiner politischen Tätigkeit habe ich aber auch bemerkt, dass sich die Politikerkollegen vor mir auch fürchten, weil ich die notwendige Fachkompetenz in sozialen Fragen mitbringe.

SIÖ: ***Welche Themen sind Ihnen als Politikerin wichtig ?***

Schlaffer: Natürlich die Sozialpolitik, wo ich mit Kompetenz und Hartnäckigkeit versuche, sozialpolitische Inhalte umzusetzen. Neben diesem Thema liegt

mir die Kulturpolitik sehr am Herzen. Als Bürgermeisterin der Liszt-Gemeinde habe ich da viel zu tun, aber auch im Bundesrat nehme ich mich dieser Themen an.

SIÖ: ***Was halten Sie von der derzeitigen Sozialpolitik der Bundesregierung ?***

Schlaffer: Gar nichts. Mit der politischen Wende im Jahr 2000 hat sich eine Entsolidarisierung in Österreich bereitgemacht. Eine Gruppe wurde gegen die andere ausgespielt, einmal waren die Beamten und die Lehrer die angegriffenen, jetzt sind es die Bundesbahner. Die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung sind unüberlegt und greifen zu kurz. Die Pläne, dass die Notstands- mit der Sozialhilfe zusammengelegt werden soll, sprechen für die Geisteshaltung dieser Regierung.

SIÖ: ***Sind Sie eigentlich mit der Berufspolitik des Berufsverbandes zufrieden ?***

Schlaffer: Ich vermisse beim OBDS, dass er sich bei wichtigen politischen Themen zu Wort meldet. Mir kommt vor, dass der OBDS früher viel politischer war und deswegen auch mehr erreicht wurde. Als das Mediationsgesetz beschlossen wurde, gab es von allen möglichen Berufsgruppen eine Stellungnahme, von den KollegInnen nicht. Ich bekomme im Bundesrat mit, dass fast alle Berufsgruppen bereits ein eigenes

Gesetz haben, wir nicht. Öfters würde ich mich auch gerne auf der Homepage über Themen informieren, die ist dafür aber ziemlich unbrauchbar.

SIÖ: ***Unterstützen Sie das Vorhaben eines Berufsgesetzes ?***

Schlaffer: Natürlich werde ich eine derartige Initiative unterstützen.

SIÖ: ***Wie ist Ihre Position zum Thema Nachgraduierung ?***

Schlaffer: Ich habe mich damals mit aller Vehemenz dafür eingesetzt, dass die KollegInnen der Fürsorgeschule, die einjährig war und keine Matura notwendig war, mit den Akademien gleich gestellt werden, weil ich keine verschiedenen Klassen von SozialarbeiterInnen wollte. Die Praxis hat gezeigt, dass das System darunter nicht gelitten hat. Ebenso bin ich dafür, dass eine Nachgraduierung ohne größere Hürden von statten gehen kann, ich glaube nicht, dass ein FH-Abschluss um soviel mehr Wert sein soll, als ein Akademie-Abschluss.

Zur Person

Die gebürtige Burgenländerin absolvierte nach der Matura die Bundeslehranstalt für Sozialberufe (1971 –1973). Danach begann sie am Jugendamt in Oberpullendorf. In den 70er Jahren war Anna Schlaffer Landesvorsitzende des Burgenländischen Berufsverbandes und Stellvertretende Bundesvorsitzende. Als solche hat sie wesentlich an der Überführung der Akademien von der vier in die sechssemestrige Ausbildung mitgewirkt. Sie gestaltete das Jugendwohlfahrtsgesetz im Burgenland mit und wurde 1995 leitende Sozialarbeiterin in der Fachaufsicht.
Am 1.2.2001 zog sie für die SPÖ in den Bundesrat ein. Seit 1.1.2003 ist sie als Sozialarbeiterin karenziert, da sie seit dem Jahr 2002 zur Bürgermeisterin der kleinen Liszt-Gemeinde Raiding wurde.

Neben der Sozialpolitik sind der Bundesrätin vor allem auch kulturpolitische Themen ein Anliegen, die sie im Bundesrat einbringt.

Stefan Gillich (Hrsg.):

Streetwork / Mobile Jugendarbeit
Aktuelle Bestandsaufnahme und Positionen eigenständiger Arbeitsfelder

2003, Triga Verlag, Gelnhausen, 225 Seiten, € 14,90

„Streetwork/Mobile Jugendarbeit" lautet der Titel der Dokumentation des 17. bundesweiten Streetworker-Treffens, das vom 24. – 28. Juni 2002 im Burckhardthaus / Gelnhausen stattfand. Seit fast zwei Jahrzehnten ist das jährlich stattfindende bundesweite Streetworker-Treffen der zentrale bundesdeutsche Ort des Praxisaustauschs und der Diskussion aktueller Entwicklungen und der Arbeitsfelder.

Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen um die Verfahrensweise von Kommunen, Streetwork und Mobile Jugendarbeit zu reduzieren auf eine „Mobile Eingreiftruppe" zur Behebung auftauchender Probleme, machen die aktuelle Bestandsaufnahme und Positionsbestimmungen der Arbeitsfelder notwendig. Praxisorientiert liefern die Beiträge Anregungen und Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen sowie Orientierungshilfe für die Arbeitsfelder Streetwork / Mobile Jugendarbeit. Darin enthalten u.a.

- Streetwork / Mobile Jugendarbeit zwischen Globalisierung und Lokalisierung (Christoph Butterwegge).

- Recht auf der Straße .... (Jürgen Schaffranek)

- Interkulturelle Kommunikation .... (Frank Dölker)

- Soziale Arbeit mit jungen Migranten (Hartmut Wagner)

- Armut als Schicksal? (Monika Brakhage) und viele weitere Beiträge.

Abgedruckt sind auch die von der BAG Streetwork / Mobile Jugendarbeit beschlossenen "Fachlichen Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit." (Verlag)

Zu beziehen ist der Band über Burckhardthaus e.V., Postfach 1164, D-63551 Gelnhausen, Tel. 0049/6051/890, E-Mail: zentrale@burckhardthaus.de oder www.burckhardthaus.de

Peter Herrmann:

Wörterbuch der sozialen Arbeit, Deutsch-Englisch, Englisch-Deutsch

2002, Verlag Soziale Theorie & Praxis, Gelsenkirchen, 238 Seiten, 11,80, ISBN 3-89983-119-5

Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge - vollständig überarbeitete Neuauflage

Einerseits ein Wörterbuch – aber nicht nur das. Im circa 40 Seiten umfassenden Glossar werden diverse Begriffe der Sozialen Arbeit in Deutschland und England entweder deutsch oder englisch erklärt bzw. umschrieben - weil sie entweder im jeweils anderen Sprachraum nicht vorkommen, eine andere Bedeutung haben, oder in einem anderen Zusammenhang gebraucht werden.
Ein praktisches und empfehlenswertes Hilfsmittel bei der Lektüre von Fachliteratur (für Studium und Praxis) und als Unterstützung bei internationalen Begegnungen, bei Fachkongressen...

Elke Lühning, Petra Ringeisen-Tannhof:

Erziehungskurse für Eltern
Das Kursleiter-Programm „Fit for Kids“

2003, Beltz Verlag, Weinheim, 138 Seiten, € 21,90, ISBN 3-407-55877-5

„Erziehung – etwas Alltägliches, doch nicht unbedingt Leichtes. So gibt es Väter und Mütter, die damit überfordert sind und ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr gerecht werden können. Sie brauchen professionelle Hilfe wie sie z.B. Elternkurse bieten. Hier haben sie die Möglichkeit, das eigene Erziehungsverhalten zu hinterfragen, Unsicherheiten abzubauen und die elterliche Gefühlswelt neu zu ordnen, aber auch Regeln für das Familienleben aufzustellen, Grenzen zu ziehen oder Aufgaben gemeinsam anzugehen. Doch wie baut man diese Kurse auf, und welche Inhalte sollten angesprochen oder vermittelt werden? Darauf gibt dieses Buch eine Antwort. Es stellt detailliert 10 Kursveranstaltungen vor und enthält zahlreiche Arbeitsblätter/Kopiervorlagen.“ (Verlag)

Vor, statt oder neben anderen Erziehungshilfe-Maßnahmen könnte vom Jugendwohlfahrtsträger auch die Teilnahme an Erziehungskursen vorgeschlagen oder eingefordert werden. Das Konzept „Fit for Kids“ ist - im Gegensatz zu anderen Konzepten - für Eltern gedacht, die aus verschiedensten Gründen nicht unbedingt von selbst auf die Idee kommen (können), einen Kurs zu besuchen.

Sieglinde Rosenberger, Emmerich Tálos (Hrsg.):

Sozialstaat
Probleme, Herausforderungen, Perspektiven

2003, Mandelbaum Verlag Wien, 264 Seiten, gebunden, € 14,00, ISBN 3-85476-088-4

„Sozialstaaten stehen seit geraumer Zeit in einem geänderten ökonomischen und sozialen Umfeld und unter zunehmendem Druck. Österreichs Sozialstaat stellt keine Ausnahme dar.
Der Sammelband befasst sich mit diesen Veränderungen auf internationaler Ebene und in Österreich. Fragen der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft, der Veränderungen in Großbritannien und in den mittel-osteuropäischen Ländern, sowie des Zusammenhangs von Globalisierung und Sozialstaat stehen dabei ebenso im Blickpunkt wie Veränderungsprozesse und Problemlagen in Österreich.
Eine der Reaktionen auf diese Veränderungen wird im zweiten Teil näher betrachtet: das Volksbegehren zur verfassungsmäßigen Verankerung des Sozialstaates im Jahre 2002. Teil drei erläutert die Diskussion über Reformperspektiven und behandelt folgende drei Themen näher: Sozialverträglichkeitsprüfung, Finanzierung des Sozialstaats und die Grundsicherungen als Bestandteil eines veränderten Sozialstaats.“ (Verlag)

Es ist in Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit angebracht und notwendig, sich mit den engeren und weiteren Rahmenbedingungen – d.h. unter anderem auch mit dem sozialpolitischen Hintergrund unserer Tätigkeit zu beschäftigen.
Dafür gibt es zumindest zwei Gründe. Einerseits sind wir selbst als Selbstständige oder ArbeitnehmerInnen (oder Studierende) davon betroffen (organisatorische, gesetzliche oder stimmungsmäßige = mediale Rahmenbedingungen) und zweitens sind KlientInnen aus verschiedensten Gründen von sozialpolitischen Entscheidungen betroffen.
Und egal wie wir selbst oder auch KlientInnen nun zu diversen Entscheidungen stehen mögen – es ist wichtig, sich mit den Hintergründen sozialpolitischen Handelns zu beschäftigen und die Zusammenhänge zu verstehen.
Der vorliegende Band ist recht übersichtlich gestaltet und nähert sich dem Thema Sozialstaat mit seinen verschiedenen Facetten mit Beiträgen verschiedener Autoren (vor allem aus dem sozial- und politikwissenschaftlichen Bereich).

Als Einstieg in die Thematik ist das Buch sicher gut geeignet. Wenn jemand sich anschließend noch eingehender mit diesem oder jenem Aspekt weiter beschäftigen möchte, so sind im Buch zahlreiche Hinweise zu weiterführender Literatur zu finden.

Rahmenbedingungen für die Jugendwohlfahrt in der NS-Zeit

Der NS-Staat richtete sein Augenmerk generell auf die Teile der Bevölkerung, die er als „förderungswürdig“ erachtete und dabei im besonderen Maße auf die Jugend. Bei der Erziehung der Jugend nach nationalsozialistischer Weltanschauung stand nicht das „Recht des Kindes auf Erziehung“ im Mittelpunkt, sondern das „Recht des Volkes auf die Erhaltung des gesunden Nachwuchses“. Dieser ideologische Überbau hatte Auswirkungen auf die Arbeit der öffentlichen Jugendwohlfahrt.

Kompetenzstreitigkeiten

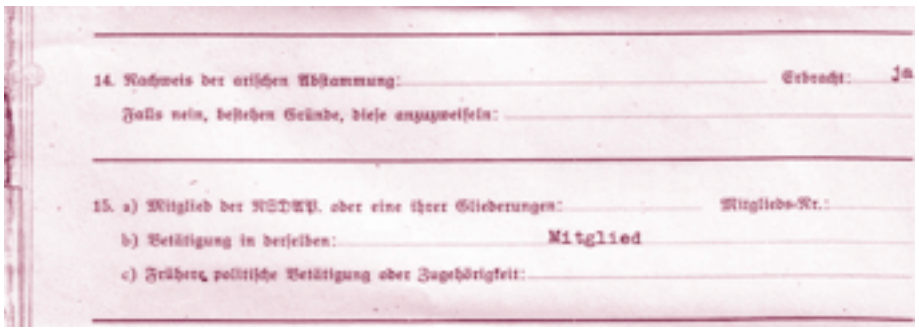
Die Beschneidung der Kompetenzen der Jugendämter erfolgte im Prinzip trotz bestehender Jugendwohlfahrtsverordnung durch die Herausgabe von legistischen Bestimmungen über die Jugend auf anderen Gebieten. Das „Gesetz über die Hitlerjugend“ übertrug beispielsweise die Jugendpflege in den alleinigen Bereich der Hitlerjugend (= HJ). Damit kam die HJ jedoch in Konflikt mit der NSV-Jugendhilfe (NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), die ebenfalls das Monopol für die Erziehung der Jugend für sich in Anspruch nahm. Diese beiden Parteiorganisationen trafen daher Vereinbarungen über die Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen. Vereinfacht gesagt, kümmerte sich die HJ um die Belange der Jugendpflege (ideologische Schulung, sportliche Ertüchtigung) und die NSV deckte den Bereich der Jugendfürsorge (Pflegekinder- und Vormundschaftswesen, Jugendgerichtshilfe, Fürsorgeerziehung) ab. Damit wiederum geriet die NSV in Kompetenzstreitigkeiten mit den kommunalen Jugendämtern, denen eigentlich die Aufgaben der Jugendhilfe laut Gesetz übertragen waren. Die Intensität dieser Konflikte hing maßgeblich mit den lokalen und regionalen Strukturen der jeweiligen Jugendämter bzw. der jeweiligen Ortsgruppen der NSV zusammen. In Österreich bestimmte der Paragraph 9 der „Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark“ aus dem Jahre 1940 das alleinige Recht der NSV, Aufgaben der Jugendämter übertragen zu bekommen.

Dreiteilung der Jugendhilfe

In der Praxis äußerte sich die Kompetenzaufteilung zwischen Jugendämtern und NSV folgendermaßen: Das Pflegekinder- und Vormundschaftswesen wurde nahezu ausschließlich von der NSV betreut. Im Bereich der Fürsorgeerziehung übernahm die NSV hauptsächlich das Ermittlungsverfahren, also die Feststellung, in welchen Familien Maßnahmen der Jugendwohlfahrt erforderlich wären. Den formalen Antrag auf Fürsorgeerziehung verwehrte der NSV der Paragraph 51 der „Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark“. Die NSV zielte darauf ab, die materielle Jugendhilfe durchzuführen und die Jugendämter auf ihre hoheitlichen Aufgaben zu beschränken. Die Monopolstellung der NSV in der nichtstaatlichen Jugendhilfe ermöglichte dieser, ihre Kompetenzen stetig auszubauen. Die NSV war daher wie Jugendämter berechtigt, Vorladungen gegenüber Kindern und Eltern auszusprechen, Vernehmungen durchzuführen, Ermittlungen anzustellen oder auch Hausbesuche zu machen. Die NSV erreichte außerdem, dass sie Akteneinsicht bei den Jugendämtern erhielt. Bei der konkreten Arbeit wirkten sich die Kompetenzen der NSV in der Weise aus, dass die Jugendämter oftmals als bloße Vollzugsorgane der NSV agierten.

Im Laufe der Jahre der NS-Herrschaft kristallisierte sich – abgesehen von der beschriebenen Kompetenzrivalität mit Gliederungen der NSDAP – die Dreiteilung der Jugendhilfe heraus: erstens als gelindestes Mittel die „freiwillige Fürsorgeerziehung“, zweitens die klassische Fürsorgeerziehung mit der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und drittens die Aussonderung von „minderwertigen und asozialen“ Kindern und Jugendlichen und ihre Deportation in „Jugendschutzlager“ bzw. Konzentrationslager. Das Denken in „rassenbiologischen“ Kategorien griff auch in der Fürsorgeerziehung Platz und diente als Grundlage für Maßnahmen der Selektion.

DSA Christoph Kreitner


14. Nachweis der arischen Abstammung: Erbracht: Ja
Falls nein, bestehen Gründe, diese anzuzweifeln:
15. a) Mitglied der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen: Mitglieds-Nr.:
b) Betätigung in derselben: Mitglied
c) Frühere politische Betätigung oder Zugehörigkeit:

Literatur: siehe die beiden vorangegangenen Beiträge in SIÖ 2/03 und 3/03.

Falls unzustellbar bitte retour an: OBDS, 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/1/3/14 *SIO 4/03 Dezember 2003*
Verlagspostamt 7210 Mattersburg, P.b.b. ISSN10-19-7729 Zulassungsnummer 01Z023307 V DVR 0492337 *Nr. 141/38. Jg*

DVR 0492337

TERMIN VORMERKEN :

Die Landesgruppe Salzburg ist mit der Durchführung der alle zwei Jahre stattfindenden
Bundestagung des OBDS
betraut worden. Obwohl diese Veranstaltung erst vom
18. - 20. Oktober 2004
im Salzburger Brunauerzentrum
stattfinden wird, laufen die Vorbereitungsarbeiten bereits auf Hochtouren.

Über den Arbeitstitel der Tagung herrscht bereits Einigkeit.

"Social Work in Progress"
- Soziale Arbeit zwischen Berufsschutz und Wettbewerb -

Fragestellungen :

Wie muss das komplexe Qualitätsprofil einer bedürfnis- und bedarfsgerecht konzipierten Sozialen Arbeit in der Mitte des 21.Jahrhunderts ausschauen?

Auf welche möglichen Trends und Entwicklungen muss mehrperspektivisch bzw. reflektierend und vorausschauend von der Sozialen Arbeit reagiert werden?

Hat die Soziale Arbeit eine Zukunft? Vermutlich hat sie eine, aber mit welchen SozialarbeiterInnen?

Wie kann die Soziale Arbeit argumentieren, warum sie besser als andere in sozialen Dienstleistungssystemen tätige Berufe bzw. AkademikerInnen agiert?

Wie und wo kann sich Sozialarbeit bei verschärfenden, neo-liberalen ökonomischen Entwicklungen platzieren (Öffnung sozialer Dienstleistungssysteme auch für auf Profit ausgerichtete Unternehmen - GATS)

Aufbauend auf ein "Drei-Säulen-Modell" möchten wir uns der Beantwortung der Fragestellungen nähern.

1. Säule: Bedeutung eines Berufsgesetzes in Anbetracht der fortschreitenden Ökonomisierung des sozialen Dienstleistungssektors (z.B. GATS).
2. Säule: Ist Sozialarbeit als weiblicher Beruf von Globalisierung besonders betroffen?
3. Säule: "Sozialarbeit in freier Praxis" Vor dem Hintergrund, dass der Staat sich auf basale Kernbereiche der sozialen Versorgung zurückzieht und diese auf dem sogenannten freien Markt gesichert werden sollen, ist damit verbunden ein Mehr an Freiberuflichkeit in der Sozialarbeit die angemessene Lösung ?

Wir denken, dass die ersten thematischen Vorüberlegungen für die Bundestagung bereits einen informativen, spannenden und kontroversen Ablauf erwarten lassen.